

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierjährlich 3 Mark. Fernpreis-Ziffer 4423.

Düsseldorf, 23. März 1912.

Redakteur: A. Heitmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von J. van Aken, Krefeld. Tel. Nr. 1358. Telegr. Adresse: Textiverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Von einem Führer des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter wird uns geschrieben:

„Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die wüste, unverantwortliche Streikheze der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet die entsprechenden Früchte gezeitigt. Die Bewegung hat sehr ernste und bedauerliche Folgen gehabt. Von dem sogen. „Dreibund“ ist in einer Konferenz zu Herne am Sonntag, den 10. März, der Streik proklamiert worden. Von den anwesenden Delegierten stimmten 507 für, 74 gegen den Streik. Außerdem wurden zwei weiße Zettel abgegeben. 32 enthielten sich der Stimme. Es ist geradezu Wahnsinn und widerspricht allen gewerkschaftlichen Regeln, gegen den Willen einer so großen Zahl von Mitarbeitern den Streik zu beginnen. Die Streikordnungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften verlangen durchweg, daß sich mindestens $\frac{2}{3}$ der Arbeiter für den Streik erklären müssen, wenn gestreikt werden soll. Sehr bezeichnend ist, daß sofort im Anschluß an die Konferenz ein schon vorher fertiggestelltes Extrablatt der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung erschien, welches die Streikparole verkündigte. Die Delegierten erhielten große Pakete mit Streikflugblättern eingehändigt, welche in den einzelnen Zahlstellen verteilt werden sollten. Dieses ist ein Beweis, daß die Delegiertenversammlung am 10. März nur noch ein Theater war. Extrablatt, Flugblätter und Streikbeschuß waren vorher schon fertig. Von dem sozialdemokratischen Verband und der roten Parteipresse war in den letzten Wochen derartig gearbeitet worden, daß es für sie nach eigener Angabe in der gegenwärtigen Bewegung ein Zurück nicht mehr gab.

Der sozialdemokratische Verband wollte und mußte eine Bewegung haben. Einerseits, um über die schwere Niederlage, welche die Sozialdemokratie im Ruhrrevier bei der Reichstagswahl, besonders durch die Niederlage des Verbandsführers Otto Hue, erlitten hat, hinwegzukommen, und andererseits, weil der Verband befürchtet, größere Massen seiner radikalen Elemente an die Anarchosozialisten zu verlieren. Aus diesem Grunde gaben sich der sozialdemokratische Verband und seine Nachläufer nicht etwa mit der in Nr. 9 der „Textilarbeiterzeitung“ zum Abdruck gebrachten Antwort des Bechenverbandes zufrieden, sondern sie stellten außer der Lohnforderung noch neun weitere Forderungen, darunter einige prinzipieller Natur, die sicher nicht ohne Kampf bewilligt werden. Zu einem solchen Kampfe ist der jetzige Zeitpunkt aber äußerst ungeeignet. Die Grubenbesitzer hatten eine Bohnerhöhung in Aussicht gestellt. Da mußte zunächst abgewartet werden, wie weit die Arbeitgeber diesem Versprechen nachkamen. Zudem trat die Erhöhung der Kohlepreise erst mit dem 1. April ein. Möglicherweise war eine abwartende Stellung geboten, wie auch von den Vertretern des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in der ersten gemeinsamen Sitzung hervorgehoben wurde.

Diese Stellungnahme des christlichen Gewerkvereins paßte jedoch dem sozialdemokratischen Verband nicht. Es gab dann ja keine Bewegung und man konnte keinen Sympathiestreik für die Engländer inszenieren. Dass dieser tatsächlich beabsichtigt war, geht aus einer Notiz in Nr. 6 der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung vom 10. Februar er. hervor. In einem Bericht über die Bewegung in England heißt es dort u. a.:

„Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die Deutschen nicht imstande sein sollten, die durch den Kampf

um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen.“

In der Bewegung in England laufen nun bei der Bewegung sozialistische und syndikalistische Tendenzen mit unter. Ebenso sind bei der Bewegung in Frankreich, Belgien und Deutschland ähnliche Tendenzen maßgebend. Freudestrahlend rief deshalb die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nr. 9 vom 12. Januar 1912 aus, daß durch die Aktion der Bergarbeiter „vielleicht noch bis zum Frühling die ganze Welt durch einen Generalstreik erschüttert wird“. Die christlichen Gewerkschaften haben selbstverständlich keine Veranlassung, zur Förderung der Sozialdemokratie die ganze Welt durch einen Generalstreik zu erschüttern. Im Gegenteil! Als christlich-nationaler Gewerkschaft ist der Gewerkverein grundsätzlich gegen einen aus politischen und revolutionären Tendenzen hervorgerufenen internationalen Generalstreik.

Dass der gegenwärtige Kampf im Ruhrgebiet viel mehr eine politische wie eine wirtschaftliche Machtprobe darstellt, verrät auch der „Vorwärts“ in seiner Nr. 59. Derselbe schreibt u. a.:

„Was heute da unten im Ruhrrevier unsre Brüder beschließen werden, ist von grösster Bedeutung für die Welt des Kapitals und die Welt der Arbeit. Gewaltige Zukünfte schütteln den alten Leib des Kapitalismus. Außerhalb der Parlamente sind sie entstanden, und kein Parlament hat Macht über sie. Aber im Parlament wird in politische Entscheidung umgemünzt, was draußen ökonomische Kräfte losgebrochen. Deshalb ist uns die Machtstellung in den Parlamenten so wichtig.“

Hier haben wir also ein glattes Bekenntnis des sozialdemokratischen Zentralorgans, daß es sich bei der gegenwärtigen Lohnbewegung um einen Versuch handelt, die Machtgier der Umsturzpartei zu befriedigen. Dieses hat die Gewerkvereinsleitung frühzeitig gern vorausgesehen und daher die Beteiligung an einer solchen Bewegung abgelehnt. Dieser Standpunkt wurde von der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkvereins am 6. März einstimmig gutgeheissen. Im übrigen darf bei dem Gewerkverein als christliche Organisation der Streik nur das letzte Mittel sein. Er darf nur dann angewandt werden, wenn der Beweis vorliegt, daß alle friedlichen Mittel versagten. Der Dreibund hat aber gar nicht abgewartet, ob die Arbeitgeber ihr Versprechen auf Zahlung höherer Löhne erfüllen. Schon am Montag, den 4. März, traten einige Gewerkschaften in den Ausstand, obwohl erst am 5. März die Frist ablief, welche den Grubenverwaltungen zur Beantwortung der Forderungen gesetzt war.

Der christliche Gewerkverein konnte die Bewegung und damit den Streik dann auch deshalb nicht mitmachen, weil kein Erfolg zu erwarten war. Der größte Teil der Ruhrbergleute ist noch unorganisiert. Auch sind die Kassen der Organisationen nicht genügend gefüllt. Alle Bergarbeiterorganisationen haben zusammen nur ein Vermögen von rund sechs Millionen. Womit sollte man also die große Masse für eine längere Zeit unterstützen? Aus anderen Kreisen hatten die Bergleute jetzt nicht viel an Unterstützungen zu erwarten. Weiter zwang auch die Rücksicht auf andere Berufe und die Allgemeinheit, jetzt nicht zu streiken. Ein Bergarbeiterstreik hat böse Folgen für die Kohlenverbrauchende Industrie. Unter Umständen könnte ein längerer großer Bergarbeiterstreik hunderttausende aus anderen Berufen arbeitslos machen. Sodann stehen wir jetzt am Beginn einer

hochkonjunktur. Diese gute Konjunktur könnte aber durch einen Bergarbeiterstreik niedergeschlagen werden. Statt eines guten Verdienstes hätten die Arbeiter dann bald wieder müßige Zeiten zu erwarten.

All diese gewichtigen Gründe gegen den Streik in diesem Augenblick können auch die Führer des sozialdemokratischen Verbandes nicht übersehen. Wenn sie trotzdem für den Streik waren, so sind offensichtlich andere Gründe maßgebend. Diese liegen klar zutage. Neben der Förderung des internationalen Generalstreiks soll auch die jetzige Bewegung wieder ein Vernichtungskampf gegen den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter sein. Ihm soll das „schmerzstillende Halsband“ umgelegt werden, weil er ein Hindernis für die Erreichung der sozialdemokratischen Ziele bildet. Recht offenkundig gab ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes diesem Gedanken mit den Worten Ausdruck: „Wenn wir auch nichts erreichen bei dem Streik, wenn nur der Gewerkverein kaput geht.“ So denken Tausende und handeln danach. Sie sollen und werden aber nicht ihren Willen bekommen. Die Gegner des Gewerkvereins werden sehen, daß sie auf Granit beißen.

Die Mitglieder des Gewerkvereins haben in Konferenzen und Versammlungen überall einmütig zusammengestanden und den Streikhezern ein klares und deutliches „Nein“ entgegengesetzt. Sie werden mutig und entschlossen auch weiterhin fest an der ausgegebenen Parole halten und den sozialdemokratischen Hezern und deren Trabanten die Stirne zeigen, damit die politische Machtprobe der roten Internationale ein schmäliches Fiasco erleidet. Wenn hier und da auch Gewerkvereinsmitglieder der Arbeit fernbleiben, so ist das fast ausschließlich auf den ungünstigen Sicherheitsdienst zurückzuführen. Trotz des guten Willens versagte die Polizei an vielen Stellen. Den großen Massen gegenüber war die Zahl der Beamten stellenweise machtlos. Die Sozialdemokratie hatte z. B. am zweiten Streittag den ganzen ihr zur Verfügung stehenden Großstadtmob aufgeboten, um die Bergleute von der Arbeit zurückzuhalten. Verschiedentlich kam es dann auch zu den schlimmsten Ausschreitungen. Von der Leitung des Gewerkvereins wird daher entschieden ausreichender Schutz verlangt. Jetzt werde die Probe auf das Ernsthafte gemacht. Es fragt sich jetzt, so heißt es im Bergknappen, ob die Regierung noch die Macht habe, Ordnung zu halten, oder ob schon sozialdemokratisches Gesindel herrschen könnte.

Soviel kann heute schon gesagt werden, daß der Streik nicht den Umfang annehmen wird, den die roten Führer vorhergesagt haben. Gegenüber den kolossal übertriebenen Meldungen in der sozialdemokratischen Tagespresse muß festgestellt werden, daß z. B. am zweiten Streittag nur ca. 43% Streikende vorhanden waren. Bemerkenswert ist sodann, daß von den ungefähr 40000 Krantenjägern, die gegenwärtig bei den Bergleuten der Ruhrzechen im Umlauf sind, rund 25000 auf das Konto des Streiks kommen. Wir können also die interessante Beobachtung machen, daß die „Streikkrankheit“ bei den Genossen viele Opfer fordert. Eine große Anzahl derselben hat zum Streiken keine Lust und zum Arbeiten sind sie zu seige. Da muß der Krankenschein aushelfen. Dabei schimpft man dann andere, die ihre Familie nicht in Not und Elend bringen wollen, Streikbrecher. Wirklich vorzügliche sozialdemokratische Klassenkämpfer, welche die Welt aus den Angeln heben wollen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß mit dem dritten Streittag den Streikenden von einer Anzahl Bechen-

verwaltungen die Nachricht zugegangen ist, daß die Kontraktbruchstrafe in Kraft trete, wonach der Lohn für 6 Schichten eingehalten wird. Ferner verliert eine ganze Anzahl von Knappschäftsmitgliedern ihre Anrechte an die Knappschäfts-Pensionskasse, falls sie nicht 5 Jahre Mitglied der Knappschäfts-Pensionskasse sind. Bei einer neuen Anfahrt, d. h. wenn ihnen durch den Arbeitsnachweis eine solche verschafft wird, müssen sie ein neues Gesundheitsattest beibringen. Falls die Befreitenden über 40 Jahre alt sind, werden sie überhaupt nicht mehr in die Pensionskasse aufgenommen. Die bis dahin gezahlten Beiträge verfallen. Die Arbeiter, die länger, wie 5 Jahre der Kasse angehören, können durch Zahlung von Feierschichtengeld ihre knappschäftsrechtliche aufrecht erhalten. Wir sehen also auch hier, welche schlimmen Folgen der unverantwortliche Streikbeschluß für so manchen Bergmann im Folge hat.

Demgegenüber zeigt der Beschluß des Gewerbevereins, daß sich dessen Führer vollauf ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind. Dieses wird auch in der weitesten Offenheit anerkannt und gewürdigt. So schreibt z. B. die „Kölner Zeitung“, der man ganz gewiß keine große Sympathie für den christlichen Gewerbeverein nachzuhören kann, in einer längeren kritischen Betrachtung in Nr. 227 vom 12. März u. a. folgendes:

„Die Haltung der Christlichen ist in hohem Maße beachtenswert, denn in den letzten Jahren hatte man sich schon beinahe daran gewöhnt, sie in den rein gewerkschaftlichen Fragen mit dem alten Verband auf eine Stufe zu stellen. . .

Man kann den Christlichen die Anerkennung dafür nicht versagen, daß sie es gewagt haben, gegen den zwingenden Eindruck eines bei den Massen immer noch höchst zugräftigen Schlagwortes, wie es der Kampfaufstand gegen die sogenannten Vergherren ist, anzukämpfen und dadurch Gefahr zu laufen, sich eben diese Klasse, auf die sie doch auch angewiesen sind, zu entfremden. Bleiben sie, was zu hoffen und auch zu erwarten ist, fest, so wird es ihnen an kräftiger moralischer Unterstützung weiter Kreise der öffentlichen Meinung nicht fehlen.“

Auf einen anderen Standpunkt stellt sich die „Frankfurter Zeitung“. In ihrer Nr. 71 sucht sie die Stellungnahme des christlichen Gewerbevereins auf das politische Gebiet zu schieden, indem sie schreibt, an dem Verhalten des Gewerbevereins hängt ein Stück „Kölner Richtung“ des Zentrums. Dieses ist natürlich Unzum. Das Vorgehen des Gewerbevereins ist von rein sachlichen Motiven geleitet. Die Leitung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß allerdings die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter längst nicht zufriedenstellend, aber die Verhältnisse doch nicht so seien, daß Veranlassung gegeben sei, jetzt von dem bisherigen Kampfmittel Gebrauch zu machen. Im übrigen wird der Gewerbeverein durch eitige Werbearbeit unter den Unorganisierten dahin streben, daß die Voraussetzungen zur Einführung von Tarifverträgen im Bergbau geschaffen werden.“

Warum der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter den Streik nicht mitmachen durfte.

Bon Generalsekretär A. Stegerwald.

Über das Verhalten des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter zum gegenwärtigen Ruhrbergarbeiterstreik werden nicht nur in der sozialdemokratischen Presse, sondern auch in bürgerlichen Zeitungen die

abentümlichsten Betrachtungen

ange stellt. So läßt sich die „Frankf. Blg.“ (Nr. 71, Morgenblatt) von ihrem Spezialkorrespondenten u. a. schreiben:

„Diesmal nur noch einige Worte über den christlichen Bergarbeiterverband. Es ist schon gesagt worden, daß die Leitung auf den „alten“ Verband sein Verhalten bestimmt. Aber es liegt doch noch etwas Lieferes zugrunde: an den Verhalten des christlichen Verbandes hängt ein Stück „Kölner Richtung“ des Zentrums. Das die Leiter des christlichen Gewerbevereins in ihrer Haltung gegen den Streik vom Zentrum bestimmt werden, läßt sich natürlich nicht beweisen, aber gute Kenner der Dinge und Personen bezweifeln es nicht, und es ist auch sehr plausibel. Die Kölner Richtung sieht u. a. auch für die christlichen Gewerkschaften gegen die katholischen Fachabteilungen. Da kommt nun viel darauf an, daß sich die christlichen Gewerkschaften, vor allem ihre wichtigste, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, auch bewähre, d. h. wenn irgend möglich, nicht streite. Andernfalls würde man sagen, es zeigt sich, daß sich Gewerbeorganisationen, die nicht unter unmittelbarem Einfluß der Geistlichen stehen, vor den sozialdemokratischen Zuständen, und das wäre wieder eine Waffe für die Leiter der Fachabteilungen, also gegen die Kölner Richtung. Die Kölner Richtung kann einem in Leid tun, aber für die Frage, um die es sich jetzt hier handelt, kann das nicht weiter in Betracht kommen.“

Seine Kombinationen sollen wohl als geistreich gelten; von der Wahrschau sind sie indes weit entfernt. Es ist überhaupt ein eigenartiges Ding, daß man hinter der Haltung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter politische Motive sucht, während von dem gleichen Blatt für das Vorgehen des sozialdemokratischen Bergarbeiter-

verbandes ausschließlich wirtschaftliche und soziale Gründe, teilweise mit den gewagtesten Behauptungen und Konstruktionen, zusammengetragen werden. Objektiv ist diese Methode nicht. Für die Kreise, welche die christlichen Gewerkschaften nur in etwa kennen und die Zusammenhänge und Begleiterscheinungen beobachtet haben, die dem gegenwärtigen Bergarbeiterstreik an der Ruhr vorausgegangen sind, bedarf es nicht solcher Kombinationen, um das Verhalten des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter zu verstehen. Bei dem gegenwärtigen Ruhrbergarbeiterstreik tritt lediglich folgende Tatsache klar in die Erhebung:

Der grundsätzliche Unterschied in der Stellung zum Streik

zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und dieser Unterschied besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften den Streik ausschließlich als wirtschaftliches und letztes Kampfmittel ansehen, während er für die Sozialdemokratie nicht bloß wirtschaftliches, sondern auch politisches Kampfmittel ist und daneben noch als internationales Demonstrationsobjekt benutzt wird. Die unterschiedliche Handhabung des Streiks zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften ist von letzteren im Verlaufe der jüngsten Zeit mehrfach hervorgelebt worden. Es braucht nur erinnert zu werden an die parlamentarischen Diskussionen über die den Verbänden für das staatliche und öffentliche Verkehrsgewerbe zustehenden Kampfmittel — für die bekanntlich die christlichen Gewerkschaften den Streik ablehnen — und an den Aufruf des Ausschusses des christlich-nationalen Arbeitertagungss in vergangenen September gelegentlich der letzten Marokkocrisis. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik an der Ruhr ist nicht in der Hauptsache aus den sozialen Verhältnissen im Ruhrbergbau verursacht, sondern er ist zum weitaus größeren Teile aus dem englischen Bergarbeiterstreik hervorgewachsen, was im einzelnen zu beweisen sein wird.

Die Ruhrbergarbeiterbewegung nahm bisher folgenden Verlauf:

Am 2. Februar erließ der Bergbauliche Verein in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine Notiz, in der Lohn erhöhungen angekündigt wurden. Am 5. Februar fand eine Sitzung von Vertretern der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen statt, an der auch Vertreter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter teilnahmen. In dieser Sitzung wurde von dem sozialdemokratischen Verband angeregt, es solle jetzt eine Eingabe an den Zeichenverband gemacht werden wegen der Lohnfrage. Die Vertreter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter vertraten den Standpunkt, daß, nachdem Lohnankündigungen erfolgt seien, man erst abwarten solle, inwieweit diese von den einzelnen Zeichen verwirklicht würden; wenn in einigen Wochen keine genügende Lohn erhöhung zu beobachten sei, könne immer noch eine diesbezügliche Eingabe an den Zeichenverband gemacht werden. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes wollten diese Gründe nicht anerkennen, worauf die Sitzung geschlossen wurde und die Vertreter der christlich organisierten Bergarbeiter sich entfernten. Am 6. Februar haben dann die Verbände der sozialdemokratischen Bergarbeiter, der polnischen Bergarbeiter-Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunderth-Gewerbeverein der Bergarbeiter eine Eingabe an den Zeichenverband und den Bergbaulichen Verein beschlossen, die lediglich auf die Lohnfrage Bezug nahm. Der Zeichenverband antwortete:

„Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbaulichen gerichtetes ges. Schreiben vom 6. d. R. teilen wir Ihnen höchst mit, daß wir aus wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig sind.“

Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretene allgemeine Lohnsteigerung, infolge der vom Kohlensyndikat zum 1. April d. J. beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im niederrheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht. Eine Erhöhung auch der übrigen Löhne ist angebracht der stärker Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.“

Aus dieser Antwort geht sehr deutlich hervor, daß in der Lohnfrage bereits Zugeständnisse gemacht worden und weitere bevorstehen. Und nunmehr kommt beobachtet werden, wie die

Grundlage der Lohnbewegung vollständig verschoben

wurde. Während man bisher nur wegen der Lohnfrage vorstellig wurde, wurden am 19. Februar folgende zehn Forderungen aufgestellt:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Befreiung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.

2. Die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, die Restlohnzahlung spätestens am 10. des folgenden Monats zu erfolgen.

3. Achtmündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei 22 Grad Celsius, sechsstündige bei 23 Grad. Vorstehende Schichtzeiten verlieren für einjährige Ein- und Ausfahrt.

4. Neben- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden ausgeübt werden.

5. Da den Koloniewohnungen in die sonst übliche einmonatige Kündigung einzuführen. Den Mietern ist alle

Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, Warenentnahmen usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden.

6. Dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgesetzlichen Leistungen für Knappschäftsinvaliden, Witwen und Waisen seitens der Knappschäftsverwaltung auf die Knappschäftsleistungen nicht mehr stattfinden.

7. Ummwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für die Nachbarzonen bestehenden Sperrsystems.

8. Einschränkung des Strafwesens: Strafen von über einer Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeitsausschusses.

9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.

10. Errichtung von Ausschankstätten für alkoholfreie Getränke auf dem Zeichenplatz.

Über die Ursache dieser Schwankung ist bisher nichts verlautbart; sie ist in der Lage des englischen Kohlenbergbaus begründet. Man beachte die Daten. Die erste Eingabe, die nur auf die Lohnfrage Bezug nahm, erfolgte am 6. Februar, die zweite Eingabe mit den 10 Forderungen ist datiert vom 19. Februar, ist aber nach den Berichten der Ruhrpresse erst am 22. Februar morgens bei dem Zeichenverband und dem Bergbaulichen Verein eingetroffen, somit im Verlaufe des 21. Februar abgeschickt worden. Am 21. und 22. Februar fand

in London eine internationale Konferenz

statt, an der deutscherseits die Herren Sachse und Witt vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband teilgenommen haben. Die obigen Forderungen sind also während der Londoner Tagung an die deutschen Unternehmer abgeschickt worden. Auf der Londoner Konferenz sind ohne Zweifel Vereinbarungen getroffen bezw. Beschlüsse gefasst worden, die für die veränderte Taktik des sozialdemokratischen Verbandes bestimmend waren. Und da mit der Lohnfrage, die den Ausgangspunkt der Lohnbewegung bildete, ein Streik sich nicht mehr rechtfertigen ließ, wurde eine Unzahl weiterer Forderungen gestellt. Diese Forderungen bedeuteten für den Ein geweihten, für den, der die seitherigen Vorgänge und Kämpfe im Ruhrbergbau zu beurteilen vermochte, daß Signal zum Kampf. Daß der Streik nicht in erster Linie der gegenwärtigen sozialen Situation an der Ruhr zuzuschreiben ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß bei der letzten Montagsmorgensicht erst 34,38 Proz. der Belegschaft streikten, obwohl in der vorausgegangenen Woche seitens der sozialdemokratischen Agitatoren außerordentlich scharf gemacht worden war; obwohl Sonntags der „Dreibund“ in seinen Versammlungen, wie er selbst angibt, 150 000 Besucher hatte, die von dem Streikbeschluß unterrichtet wurden; obwohl Sonntags abends der Streikbeschluß durch Extrablätter im ganzen Ruhrrevier bekannt gemacht worden war. Daß die internationale Situation für die Haltung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zum Ruhrbergarbeiterstreik bestimmend war, gab die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung auch selbst zu, indem sie in Nr. 6 vom 10. Februar über die Bewegung in England schrieb:

„Die Nachricht, daß der deutsche Verband seine Mitglieder auffordert, Überstunden und Überstunden zu meiden, um den britischen Kameraden den Kampf nicht zu erschweren, hat allgemeine Genugtuung hervorgerufen . . . Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die Deutschen nicht imstande sein sollten, die durch den Kampf um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen.“

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wußte bereits im Januar (Nr. 9) zu berichten,

daß „vielleicht noch bis zum Frühling die ganze Welt durch einen Generalstreik erschüttert wird“.

Der Bergarbeiterstreik in England ist aber nicht, wie dies auf den ersten Augenblick scheinen möchte, von günstiger Rückwirkung auf einen Bergarbeiterstreik in Deutschland. Dieser Aufschwung hat auch der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Hu in einer Versammlung am 3. März zu Werden nach einem Bericht der „Köln. Blg.“ (Nr. 240 vom 4. März) mit folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Durch einen Streik in Deutschland würde den englischen Grubenbesitzern das Herz erleichtert, da sie nicht mehr zu fürchten brauchten, ihre Absatzgebiete zu verlieren. Die Fortsetzung der Forderungen hier in Deutschland ist das stärkste Preisschlagsmittel, das für die englischen Bergarbeiter gegenüber den englischen Grubenbesitzern vorhanden ist.“

Durch den englischen Bergarbeiterstreik fehlt in der Gegenwart tatsächlich eines der hauptsächlichsten Druckmittel auf die deutschen Bergbauunternehmer. Der Hauptkohlenkonkurrent Deutschlands ist nämlich England; in der Gegenwart aber kann England weder dem deutschen Bergbau Konkurrenz noch Absatzgebiete streitig machen, weil die englischen Bergarbeiter selbst streiken. Der deutsche Bergbau kann also in den nächsten Wochen Absatzgebiete nicht versiezen. Zum Gegen teil, ein Teil der englischen Absatzgebiete in Deutschland (Berlin, Stettin usw.) wird in immer von der schlesischen Kohle voraussichtlich zurückerobern werden. Der Ruhrbergbau kann sonach in der Gegenwart einen Streik von etwa einmonatlicher Dauer ohne dauernden Verlust von Absatzgebieten ertragen. Der Ausfall an der Produktionsmenge kann im Verlauf

des Jahres durch Einstellung von Überschichten zum Teil durch das Kohlenmonopol reguliert werden. Ein größerer Schaden kam durch einen Bergarbeiterstreik in der Gegenwart lediglich den übrigen Industrien, insbesondere

der Metall- und Textilindustrie,

verursacht werden. Und diese Industrien haben ohne Zweifel die Situation im Bergbau nicht verschuldet. Die Textilindustrie hat sich ohnedem noch kaum von ihrer schwierigen Lage, in der sie sich im letzten Jahre infolge der anormal hohen Baumwollpreise befand, wieder erholt. Auf solche Gesichtspunkte und Zusammenhänge hat eine Gewerkschaftsbewegung Rücksicht zu nehmen und zwar nicht bloß im Interesse der einheimischen Volkswirtschaft, sondern auch im ureigensten Interesse der in den übrigen Industrien beschäftigten Arbeiterschaft.

Die deutsche Textilindustrie und verschiedene Zweige der deutschen Metallindustrie hätten, wenn es in Deutschland nicht zum Streik gekommen wäre, ihren englischen Konkurrenzindustrien in der Gegenwart wie noch nie beikommen können. Der deutschen Textilindustrie hätte bei dieser Gelegenheit ein großer Teil der Elsenbogenfreiheit verschafft werden können, die sie gegenüber der englischen Konkurrenz längst benötigt.

Dass die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter vieles zu wünschen übrig lassen, dass insbesondere die Unternehmer es nicht verstanden haben, die Arbeiter richtig zu behandeln, ist unter den Arbeiterorganisationen keine Streitfrage. Aber mit der bloßen Erkenntnis befeitigt man die beklagten Zustände nicht. Zudem wäre in der gegenwärtigen Situation auch ohne Streik eine Unzahl Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzielen gewesen. Die ganze Situation zwang ja gleichsam die Unternehmer zu Zugeständnissen in der Lohnfrage: die Situation in England, die ansteigende Konjunktur, die Vornahme einer Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kohlenmonopol usw.

Es besteht denn auch unter den Kameraden des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes gar kein Zweifel, dass für ihn nicht bloß oder in der Hauptsache die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter, sondern auch andere Gründe für sein Verhalten zum Streik bestimmend waren. Und diese Gründe liegen in den Organisationsverhältnissen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung hat in den Jahren von 1905 bis 1911 ihre Mitgliederzahl rund verdoppelt; der einzige Verband, der in der gleichen Zeit seine Mitgliederzahl um 20000 verminderte, ist der sozialdemokratische Bergarbeiterverband. Dann ist in den Kreisen der Sozialdemokratie an der Ruhr infolge des Ausgangs der letzten Reichstagswahl, wo den Sozialdemokraten Duisburg und Bochum verloren gingen, eine große Verärgerung ausgelöst worden. Auch diese Tatsache hat zu dem Ausbruch des Streiks in der Gegenwart reichlich beigetragen.

Endlich ist unter den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes ein

großes Maß anarcho-sozialistischen Geistes anzutreffen. Die anarcho-sozialistische Vereinigung selbst hat im Ruhrrevier nur wenige Mitglieder, dafür sichen aber sehr viele Tausende Anarcho-Sozialisten im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Viele von ihnen zählen sogar zu den eifrigsten und opferfreudigsten Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Verbandes. Sie sind der sozialdemokratischen Verbandsleitung über den Kopf gewachsen. Wenn je in einem Verbande die Leiter nicht Führer, sondern die Geschobenen sind, so im sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande. Weiter stände es ohne Zweifel um die Ruhrbergarbeiterbewegung besser, wenn man es im sozialdemokratischen Lager mit ernsten Führern zu tun hätte. Unter den christlichen Arbeitersführern besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass, wenn der seitherige Leiter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes Bönnigburg an der Spitze des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes stünde, der unschöne Krieg unter den Bergarbeiterorganisationen mit einwandfreieren Waffen ausgelöscht und ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht würde.

Man braucht in dieser Hinsicht nur an folgende Tatsachen zu erinnern: Schon im Jahre 1897, also kurz nach der Gründung des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter, schrieb der ehemalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Möller, an den damaligen Redakteur der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung einen Brief, worin Herrn Hue anempfohlen wurde, er solle die Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter frecheln und Brust (den damaligen Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter) vor den Bauch treten. Bei der Ruhrbergarbeiterbewegung 1905 arbeiteten die verschiedenen Verbände einträchtig zusammen und nach der Bewegung schrieb der damalige Redakteur Hänisch von der Dortmunder Arbeiterzeitung, der jetzt in Berlin vom sozialdemokratischen Parteivorstand beschäftigt wird, in der "Leipziger Volkszeitung" einen Artikel, worin er mit aller Schärfe den Standpunkt vertrat, dass gelegentlich des Streiks dem Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter das "schmerzstillende Halsband" hätte angelegt werden müssen. Und als kurz nachher sahmen sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress 1905

der sozialdemokratische Bergarbeiterverband wegen der Tatsache, dass dem Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter der Vorsitz der Siebenerkommission übertragen wurde, angegriffen wurde, sagte Herr Sachse offen, dass man dies lediglich deshalb getan habe, um den Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter zu schädigen, um dessen Mitgliedern zu zeigen, dass sie von dem Gegenwartstaat nichts zu erwarten hätten. Endlich, als dieser Streik vorbei war, bei dem die Einigkeit der Bergleute sehr stark betont worden war, glaubte der sozialdemokratische Verband diese Situation zu einem groß eingeleiteten Verschmelzungskrammel auszunützen zu sollen in der Absicht, dadurch innerhalb des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter Verwirrung anstreben und ihn schädigen zu können.

Der Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter hat es also nicht notwendig, sich gegen Unterstellungen und unzutreffende Kombinationen zu verteidigen. Sein Verhalten ist durchschlagend begründet aus sachlichen, volkswirtschaftlichen, nationalen und gewerkschaftstaatlichen Gründen. Man sollte meinen, dass der Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter in der gegenwärtigen Situation Unspruch darauf erheben könnte, von allen Kreisen ehrlich außerhalb der Sozialdemokratie unterstützt zu werden; auch politische Konjunkturen sollten gegenüber den dargelegten Tatsachen den Gesichtskreis nicht trüben. Gegenwärtig steht die Situation an der Ruhr so: Der Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter wird nicht wider seine bessere Überzeugung, unter Missachtung der dargelegten volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, vor dem sozialdemokratischen Terror kapitulieren! Von der Behörde aber muss er den Schutz verlangen, der für das schwierige und weitverzweigte Ruhrkohlenrevier unentbehrlich ist.

* * *

Eine Regelhafte Beschimpfung unseres Kollegen Schiffer.

Im Reichstag hatten mehrere bürgerliche Parteien Interpellationen zum Bergarbeiterkampf eingeführt. Die Interpellation des Zentrums begründete Kollege Schiffer. Schon während der Rede Schiffers machte sich die sozialdemokratische Fraktion durch fortwährende Zwischenrufe bemerkbar, als jedoch Kollege Schiffer geendet hatte, überschütteten ihn die Genossen mit einer Flut von gemeinen Schimpfwörtern. Wir lassen hier einen Bericht der R. B. (Nr. 230 15. März) folgen:

"Als Abg. Schiffer . . . die Zentrumsinterpellation begründet, drängten die Genossen in dichten Käneulen sich zum Rednerpulte. Man weiß im Hause, was das bedeutet, zumal Liebknecht und Dittmann (als radikale Schreier bekannt D. R. d. L.-Z.) den Haushen anführen: Der Redner soll mit Zurufen und rohem Gelächter niedergeschrien oder um die Wirkung seiner Worte gebracht werden. Abgeordneter Schiffer kennt, als ehemaliger Arbeiter, die brüderliche Art der Sozialdemokratie aus eigener Erfahrung; er bleibt ruhig und redet sachlich über die Frivolität des Streiks, über die sozialistische Macht dieser Kraftprobe. Er lässt die Tatsachen in der Reihenfolge der Ereignisse sprechen und erinnert nur an das Wort des roten Führers Hänisch vom „schmerzstillenden Halsband“, das jetzt dem christlichen Gewerkschaftsverband umgelegt werden soll.

Schon werden die Genossen unruhig und überschütten Schiffer mit einem wahren Hagel von Zurufen, und Abg. Schiffer spricht doch mit dem warmen Herzen des Arbeiters für die wahren Interessen der Bergarbeiter. Er fordert in solchen Zeiten doppelt dringend von den Grubenherren positive, greifbare Zugeständnisse, schnelle Lohnherabsetzung, Sorge für die soziale Not und die Wohnungsverhältnisse der Ruhrbergarbeiter. Und als dann Abg. Schiffer mit den Worten der schriftlichen und der mündlichen Berichte der misshandelten Arbeitswilligen selber das ganze abstoßende Bild des roten Terrors im Streitgebiet malt und die Mehrheit des Hauses mit entrüsteten Hör-hör-Rufen diese Darlegungen begleitet, da wurden die Zurufe der Genossen zum wüsten Geschrei, das nur zuweilen mit hässlichem Lachen abwechselt. Präsident Raempf schaffte nur mit Mühe Ordnung und Ruhe. Abg. Schiffer schloss mit dem Rufe: Volle Freiheit auch den deutschen Arbeitern im Ruhrrevier! und mit dem Nachweis, dass die terroristischen Ausschreitungen regelrecht organisiert, planmäßig initiiert und diktiert würden.

Seinem Schlussrede folgte eine wütige Spektakelzene der Sozialdemokraten. Rufe wechselten mit Schimpfwörtern ab. Es schien, als ob die Genossen im Reichstag eine Probe von ihrem Terrorismus gegen alle, die nicht ihrer Meinung sind, ablegen wollten. Judas! Streitbrecher! Zechenfiecht! und andere Schimpfwörter schrien sie wie ungezogene Strafenjungen dem abtretenden Redner zu, dem langanhaltenden Beifall der ganzen Rechten und des Zentrums dankte.

... Wer ruhig denkend zuhörte, dem musste es bei dieser Schlussrede nach Schiffers Rede zum Bewusstsein kommen: wie muss es erst im Streitgebiet selber Schimpfen, Schimpfwörter, Insulte, Bedrohungen und Tätschelheiten auf die arbeitswilligen Arbeiter und die Hütten der Ordnung niederschlagen, wenn nicht einmal hier im Saale die "Führer" sich zurückhalten und der abweichenden Meinung eines Kollegen Achtung und Dulden schenken können."

Diese gemeinen Beschimpfungen setzt der "Vordörfer" in seinem Bericht über die Reichstagsverhandlungen fort. Mit sachlichen Gründen weiß er den Redeführungen Schiffers nicht zu begegnen, da greift er dann zu einer unsagbar niedrigen persönlichen Belästigung.

Man kann solchem Treiben gegenüber nichts anders tun, als nur seine vollständige Verachtung darüber aussprechen. Es muss wirklich traurig um eine Sache bestellt sein, die in solcher Weise verteidigt werden muss.

Allgemeine Rundschau.

Evangelische Jungmännervereine zur Gewerkschaftsfrage. In Hannover fand Ende Februar d. J. das 16. Jahrestreffen des Christlichen Vereins junger Männer statt, zu welchem Vertreter der Vereine aus Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Celle und anderen Städten erschienen waren. In einer besonderen Konferenz besaß man sich mit der Gewerkschaftsfrage. Herr Sekretär Müller-Hannover legte seinen Ausführungen über diese Frage Leitsätze zugrunde, in denen darauf hingewiesen wird, dass die christlichen Vereine junger Männer an den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart nicht mehr achtsam vorübergehen können, sondern zu den einzelnen Strömungen Stellung nehmen müssten. So auch zur Gewerkschaftsfrage. Wörtlich heißt es in den Leitsätzen:

"Von den Gewerkschaften stehen die christlichen den Jungmännervereinen am nächsten, weil sie auf christlicher Grundlage ruhen. Die Stellung des Vereins zu denselben muss darum freundlich und fördernd sein. (Durch Belehrung, Literatur, Zeitschriften.)

Wo sie (die Mitglieder) durch den Terrorismus gezwungen worden sind, in die "freie" Gewerkschaft einzutreten, sollen sie ihre Stellung einer gründlichen Revision unterziehen. Die Bedenken, die von evangelischer Seite gegen die christlichen Gewerkschaften laut geworden sind, haben sich als hofflos erwiesen. In den christlichen Gewerkschaften ist einzig und allein der Platz für unsere Mitglieder."

Das ist eine klare Stellung, die im Interesse der christlichen Gesamtbewegung aufrichtig zu begreifen ist. Andere evangelische Vereinigungen, die in der Gewerkschaftsfrage noch unentschlossen sind, könnten sich ein Beispiel daran nehmen.

Ein unverständliches Urteil. Eine Düsseldorfer Unternehmervereinigung hatte für ihre Mitglieder die Verpflichtung eingeführt, die aus einem der angeschlossenen Werke austretenden Arbeiter vor Ablauf von drei Monaten nicht wieder einzustellen. Diese Verpflichtung soll selbst dann gelten, wenn ein Arbeiter, ohne Differenzen gehabt zu haben vom Arbeitgeber, z. B. wegen Arbeitsmangel entlassen wird, oder der Arbeiter selbst aus eigenem Antrieb das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig löst. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn der Arbeiter eine schriftliche Überweisung vorzuzeigen vermag, die aber in der Regel nicht gewährt wird. Ein Formular, der bei einer dieser Vereinigung angehörenden Firma ordnungsmäßig aufgehört hatte, bei einer anderen Firma aber, weil nicht im Besitz der schriftlichen Überweisung, abgewiesen wurde, macht nun seine frühere Firma für den ihm erwachsenen Schaden verantwortlich. Das Amtsgericht kam zu einer Verurteilung der Firma, weil die erwähnte Überweisung gegen die guten Sitten verstößt. Anders das Landgericht, das sich auf die von der Firma eingelegte Berufung hin, ebenfalls mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Es wies den Kläger ab, erkannte also eine Schadenshaftigkeit der Firma nicht an. Die über die Arbeiter verhängte Sperre an sich, so argumentiert das Gericht, trage nicht den Charakter einer fiktiv verwerflichen Handlung. Es kommt vielmehr darauf an, ob die betreffende Handlung bezweckt, die gewerbliche Existenz des Gegners völlig zu untergraben und ihn dauernd erwerbs- und brotlos zu machen. Das treffe im vorliegenden Falle nicht zu. Die Sperre zielt nur darauf ab, dem Arbeiter vorübergehend die Gewerbsmöglichkeit in dem betreffenden Gewerbszweig abzuschneiden, um ihn dadurch zur Unterwerfung unter die Wünsche und Bedingungen des Gegners zu zwingen.

Das Urteil ist uns unverständlich. Es soll also keine gegen die guten Sitten verstörende Handlung sein, einen Arbeiter deswegen so hart zu strafen, weil er es gewagt hat unter ordnungsgemäßer Kündigung von der ihm gefestigt gewährleisteten Freizügigkeit Gebrauch zu machen! Es soll den Unternehmern gestattet sein, selbst unter Anwendung grausamer Zwangsmethoden den Arbeiter ihren Wünschen gefügig zu machen! Nein, wir müssen gestehen, das geht über unseren Horizont. Wir meinen, selbst wenn der Arbeiter sich wirklich vergangen hätte, wäre sogar noch zu prüfen, ob eine derartige Maßregel im Verhältnis steht zur Schwere des begangenen Fehlers. Wenn nicht, so müsste selbst dann noch eine derartige Spermafregel als gegen die guten Sitten verstörend bezeichnet werden. So hat auch seinerzeit das Essener Amtsgericht in Sachen der von den Betriebsbesitzern wegen Kontrollabrech verhängten Sperre entschieden.

Eine Gaukonferenz des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes (Gau Süder Niederrhein) fand am 3. März in M.-Gladbach statt. Nach einem Bericht der sozialdemokratischen "Düsseldorfer Volkszeitung" (Nr. 55, 6. März) war die Stimmung auf die Konferenz herzlich schlecht. Der Gauleiter Brüggen warne unruhig nichts Besseres zu tun, als zu klagen über die Uneinigkeit in den eigenen Reihen, über die Laune und Gleichgültigkeit weiter Mitglieder.

kreise und über die — Schlechtigkeit der Christlichen. Der Bericht dieses Gauleiters stellt einen förmlichen Rattenkönig von Entstellungen und Widersprüchen dar. Zunächst vergaß er die Weisheit, daß durch das Verschulden des christlichen Verbandes die Textilarbeiter dauernd verhindert werden, im Bezirk erhebliche Vorteile bei Lohnbewegungen herauszuschlagen". Insbesondere sei das in Wachen und M.-Gladbach der Fall. Dabei vergaß es aber der gute Mann, anzuführen, daß der "deutsche" Verband wohl keinen Bezirk aufweisen kann, wo er ähnlich große Erfolge zu verzeichnen hat, wie wir im allgemeinen in diesen Bezirken. Gleich hinterher behauptet er aber auch, daß in den ländlichen Orten die Erfolge viel größer seien, als beispielsweise in Krefeld. In den ländlichen Orten hat der "deutsche" Verband erst recht nichts zu sagen. Da kann es also mit dem "Verschulden der Christlichen" wohl nicht so weit her sein, Herr Brüggemann.

Es ist überhaupt lästig, welch ungerechtes Zeug sich dieser Mann zusammengeredet hat. Einmal soll in M.-Gladbach und Wachen es der christliche Verband verschuldet haben, daß bei Lohnbewegungen für die Textilarbeiter nicht viel herauszuschlagen gewesen sei. Bald darauf bestätigt aber dieser sonderbare Berichtsteller, daß in Gladbach und Wachen die Konjunktur so schlecht war. In Krefeld sei eine bessere Konjunktur gewesen, da wäre aber ein größerer Erfolg verhindert worden durch die Uneinigkeit innerhalb der Reihen des eigenen Verbandes. Brüggemann jammert darüber, "daß trotz der Lohnverhältnisse im Bezirk die Mitglieder so niedrige Beiträge bezahlten". Da muß es doch mit den Lohnverhältnissen in diesen christlichen Domänen besser aussehen, als in den Bezirken, wo der "deutsche" Verband herrscht. Auch das wirkt kein schlechtes Licht auf die Tätigkeit des christlichen Verbandes.

Wütend ist die Konferenz über den Beschluß unserer Gladbach-Ortsgruppe, mit dem "deutschen" Verband keine gemeinsamen Versammlungen mehr abzuhalten. Wir können die Stimmung der Leute ja recht gut verstehen, aber das berechtigt doch nicht zu der unvorsichtigen Behauptung, ein Mitglied unseres Verbandes habe 80 Unterschriften aus den Kreisen unserer Mitglieder gesammelt, die sich gegen diesen Beschluß ausgesprochen. Uns und unseren Gladbach-Ortskollegen ist davon nichts bekannt.

Die Konferenz nahm eine Resolution an, worin es unter Punkt eins heißt, der "deutsche" Verband betrachte es „als seine erste Pflicht, dahin zu streben, günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erstreben“. Wir halten mit den Konferenzteilnehmern diese Feststellung für sehr zweckmäßig und notwendig. Denn aus der ganzen Wirksamkeit des "deutschen" Verbandes in den letzten Jahren muß man die Ursprungshypothese bekommen, als betrachte er es als seine „erste Pflicht“, den christlichen Textilarbeiterverband und seine Führer zu bekämpfen und zu verleumden, die Textilarbeiter zu verhöhnen und sie für den Sozialismus zu erziehen. Wenn sich jetzt der "deutsche" Verband auf seine erste Pflicht befreit, dann ist das sehr erfreulich, und wir gestatten uns den Rat, nun mehr in Sachsen-Thüringen, in Brandenburg usw. mit der Ausführung dieser „ersten Pflicht“ zu beginnen.

Hirsch-Dundersche „Neutralität“. Der in Liegnitz-Striegau gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Feldmann hat noch an seine linksliberalen Wahlhelfer eine öffentliche Dankesrede erlassen („Proletarier“ Nr. 9 vom 31. Januar 1912), worin es u. a. heißt:

"Besonderen Dank statte ich auch ab dem freiheitlich-bürgerlichen Wahlauftakt, . . . dem Vorstande des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, . . . überhaupt allen denen, die durch Herausgabe unzweideutiger Stichwahlparolen und Aufrufe zu dem Sturz des schwarz-blauen Blocks beigetragen haben."

Die angeblich neutralen Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine haben demgemäß durch eine „unzweideutige Stichwahlparole“ dem Sozialisten zum Siege verholfen. Eine nette Neutralität!

Zum Gewerkschaftsstreite in Holland. Bekanntlich lobt in Holland schon seit Jahren der Streit um die Organisationsform und den grundsätzlichen Charakter der christlichen Gewerkschaften. Die holländischen Bischöfe haben sich vor kurzer Zeit noch für die konfessionellen Gewerkschaftsverbände ausgesprochen, allerdings für einige Gebiete Ausnahmen von der Regel zugelassen. Der holländische Erzbischof wird beeinflußt von einer kleinen Gruppe von starken Leuten, die eine Zersplitterung der Kräfte der gläubig gesinnten für gut und zweckmäßig halten. Anstatt zu erkennen, daß auf dem gewerkschaftlichen Boden ein Zusammengelten und Zusammenstehen von gläubigen Protestanten und Katholiken notwendig ist, um eine schlagkräftige Organisation sowohl gegenüber den organisierten und kapitalistischen Unternehmern und gegenüber der geschlossenen Sozialdemokratie zu erreichen, treiben diese Leute immer wieder den Keil der Zwietracht in die Arbeiterschaft, zur Freude der Unternehmer und zum Vorteile der Genossen. Wie ja immerlich es dabei in manchen katholischen Gewerkschaftsorganisationen aus sieht, zeigt folgender Rotschrei, den der Vorsitzende des holländischen katholischen Diamantarbeiterverbandes kürzlich in den Organen seines Verbandes ausstieß. Dieser Zentralvorsitzende schreibt darüber seine eigene Organisation:

"Ich glaube, daß es ein großer britischer Staatsmann gewesen ist, der mal ausgerufen hat: „In unserer Isolierung liegt unsere Macht“. Über Englands Macht und Kraft steht in einem ungleich günstigeren Verhältnis zu den anderen Staaten von Europa, als unsere Organisation — um bei dem Bilde zu bleiben — gegenüber dem „Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiterbunde“ (A. N. D. B.). So klein wie wir sind, klingt der Ruf von der Isolierung ebenso lächerlich, als wenn in unserem niederländischen Parlamente ein Staatsmann denselben Ruf aus dem Minister von Großbritannien tun würde. Die Begründung dafür, daß wir in unserer Isolierung unsere Kraft finden sollen, entbehrt durchaus jeder vernünftigen Grundlage. Wir müssen durch Zusammenarbeiten einen größeren Einfluß auf die Industrie zu erlangen versuchen. Wir müssen mehr das Augenmerk der Öffentlichkeit auf unsere Organisation lenken, auf unsere berechtigten Forderungen als christliche Organisation, gleichberechtigt anerkannt und behandelt zu werden in der Berufsbewegung. Wir müssen mehr nach außen hin arbeiten, bezeugen, daß Leben, daß Energie in unserer Organisation steht. Wir dürfen uns nicht durch Schweigen und durch Isolierung zu betätigen trachten. Und ist dieses Verhalten uns aufgebrungen worden, wir mögen es nicht dabei bewenden lassen.

Es kann mir immer so leid tun, wenn ich hin und wieder in dem Fachorgan des A. N. D. B. lese, daß dieses oder jenes Mitglied unserer katholischen Organisation zu jenem Bunde übergetreten ist, und jedesmal frage ich mich: Soll das nicht daher kommen, weil wir so wenig von uns hören lassen, weil nicht genügend Kraft von uns ausgeht? Wir müssen doch ehrlich bekennen, daß wir keine einzige Lohnhöhung oder andere Berufsfrage selbstständig regeln können. Sind die vorhandenen Vorteile nicht stets durch Zusammenarbeiten erreicht worden? Und die Dauerhaftigkeit dieser Zustände, das Wachen darüber, daß keine Übertritte vorkommen, die Durchführung und Beachtung aller Beschlüsse, — liegt es nicht bei dem A. N. D. B.? Werden die Unkenntlichkeiten nicht getragen von der Kasse dieses Bundes? Pflichten auch wir nicht die Früchte von der Überherrschung der Schwierigkeiten durch ihn? Ist es darum kein korreter Standpunkt, wenn ich sage, wir müssen zusammen arbeiten. Was gibt uns unser Zureitestehe, der A. N. D. B. geht doch seiner Wege? Haben wir bei irgend etwas unseres Einflusses geltend machen können? Bei der Regelung des Lehrlingswesens? Bei der Einführung des Schulfundertages? Bei der Einteilung des Arbeitszeit? Bei Einführung von Ruhezeiten in den Fabriken? Bei der Festsetzung des Lohnminimums? Bei der Nichteinführung der fünfprozentigen Lohnhöhung, die für die Schneider bestimmt war? Nie und nirgends! Wir haben allen diesen Beschlüssen zu folgen, gewollt oder ungewollt. Und mögen wir auch wohl schwäzen, wir wünschen nicht, an dem Seile des großen Bundes zu laufen, murren anfänglich wohl, tun es zum Schlusse dennoch."

So schreibt der Vorsitzende von seinem eigenen Verbande. Interessant ist dabei nun folgendes. Der Sekretär dieses erbärmlichen Organisationchens und zugleich Redakteur des Fachblattes, gehört zu jener eingangs genannten Gruppe. Er ist ein fanatischer Anhänger der katholischen Organisationsform, läuft sich die Füße wund von einer Bischofswohnung in die andere, um die hohe Geistlichkeit gegen die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften einzunehmen. Die letzte Erklärung des holländischen Erzbischofes ist mit auf die Treibereien dieser traurigen Sekretärs eines armeligen Verbandchens zurückzuführen. Man sollte meinen, daß es gerade diesem Menschen klar sein müsse, daß es eines entschiedenen Zusammenstehens aller gläubig gesinnten Arbeiterkreise bedarf, um gegen die sozialdemokratischen Verbände einen kräftigen Damm bauen zu können. Aber nein, er treibt die Kreise lieber auseinander, auf daß die Roten recht stark werden können. Solche Leute sind von unserem Herrgott wirklich mit Blindheit geschlagen worden.

Bemerkenswert ist auch, daß diesem selben Sekretär ein A. A. auf einer öffentlichen Tagung der katholischen Arbeiterbewegung von einem katholischen Geistlichen, Dr. Poels, angeraten wurde, er möchte nur etwas mehr Theologie studieren. Das habe er sehr nötig. Von einer hohen Wertschätzung der Leistungen des Mannes zeugt das auch nicht.

Gründliche Bestrafung eines Genossen. Der in Coesfeld wegen seines Radikalismus allenthalben bekannte Genosse Greimler, Mitglied und Führer des "deutschen" Textilarbeiterverbandes am Orte, hatte während und nach dem Kampfe im Münsterlande vorigen Jahres unsern Bezirksleiter, Kollegen Otte, in der gräßlichsten Weise beschimpft und beleidigt. Auf Drängen unserer

Textilarbeiterzeugnisse im Haushalt.

I.

Liebe Kollegin!

Wie aus Deinem letzten Briefe zu entnehmen ist, hast Du eine besondere Freude daran, wenn von der Größe und Weitheitigkeit der deutschen Textilindustrie die Rede ist. Das ist ein Zeichen, daß eben die organisierte Textilarbeiter nicht gedankenlos Tag für Tag an der Maschine stehen will, daß sie nicht bloß der Produktionsgäng der Ware, oder der eigenen Arbeit interessiert, sondern daß sie darüber hinaus auch einen Begriff davon haben will, wie manigfach die Errungenschaften sind, an denen die anderen Verbandskolleginnen mitarbeiten.

Wir können wir ja beide, Du so wenig als ich, eine große Ausstellung oder vergleichen besuchen, um alle die Sachen und Säckelchen, welche die Textilindustrie herstellt oder für welche sie wenigstens das Grundmaterial gibt zu bestaunen. Ist aber auch gar nicht notwendig; denn wo wir Verbandskolleginnen alle erstaunen lassen und schaffen, das kann man in jedem Haushalt finden, in dem einen mehr, in dem andern weniger — aber nirgends und in keinem deutschen Haushalt kann man die verschiedensten Errungenschaften unserer Industrie entbehren. Wenn Du nun Beweise für diese hohen Behauptung willst, so will ich je Dir gerne erbringen; zudem will ich Dir, soweit möglich, die hauptsächlichsten Fabrikationsorte oder Bezirke angeben.

Vor langer Zeit habe ich mal ein Bild gesehen, welches die Bekleidung in Darstellung und Poche verherrlicht; in dem Gedicht hieß es, daß "Wandel und auch Stoffkleid ein Werk des Webers sei". Dieses so erstaunende Werk ist nicht von der Bedeutung der Textilarbeit für die Bekleidung des Menschen, von der ersten Nachbildung angefangen bis zur letzten. Und gerade in dieser Beziehung gilt es in unserer deutschen Textilindustrie eine große Mannigfaltigkeit, zunächst in Wäsche, dann in Kleidung und allen Kleidungsstücken. Wir wollen wir beide mal sehen, was man im deutschen Haushalt finden kann. Wir alle, auch die beschäftigten Arbeiterin und der jüngste Arbeiter, brauchen zunächst Wäsche: Bett-, Bett- und Lüchtwäsche; die letztere vielleicht am wenigsten! Wäsche gibt es aber nicht nur in Baumwolle, sondern auch in Leinen; es gibt die bekannten Normalsachen und sogar Gegenstände aus Seide.

Die baumwollenen Stoffe werden vielfach in den Fabriken West- und Süddeutschlands hergestellt, dann in vielen Mitteldeutschlands, wo auch die sogenannte Frottier- oder Badewäsche gewebt wird. Für Wäscheartikel aus Leinen kam als das hauptsächlichste Fabrikationsgebiet Schlesien in Betracht. Nun darf da nur Namen der Städte: Landeshut, Neustadt und andere nennen; in Norddeutschland steht Bielefeld und Herford an erster Stelle.

Nun weißt Du es ja so gut wie ich, daß man in den allermeisten Arbeiterfamilien an die Beschaffung reinleinen Wäsche nicht dringt — weil wir nicht in der Lage sind, das teure Leinen zu bezahlen; und so ist in unserer Haushaltung Baumwollwäsche vorherrschend. Höchstens, daß sich einige Stücke Halbleinenäcken darunter finden. Sehr viel Verwendung findet heute in Arbeiterkreisen die sogenannte Normalwäsche und -Unterwäsche. Weißt Du auch, wo diese Sachen hergestellt werden? Vor allem in Württemberg, wo viele Dutzende Fabriken dieser Art bestehen, dann in Apolda, Neuhausen. Es gibt allerdings auch Wäschegegenstände in Seide, doch diese werden wohl in den allerwenigsten Haushalten gefunden.

Nun schaft man in der deutschen Textilindustrie über noch vielerlei Wäscheartikel; zunächst Unterwäsche in allen möglichen Material: Baumwolle, Wolle und Luch, Leinen und Seide — aus gewebtem und gewirktem Stoff. Als einer der hauptsächlichsten Fabrikationsorte soll hier Dresden in Betracht kommen. Die Wäscheartikel werden überhaupt dann man heute auch bald in jedem Haushalt finden. Hierher gehören die Errungenschaften der Stoffindustrie, die heute des Menschenmögliche leistet, von einsachen Baumwoll- bis zur feinsten Seidenstrumpf; auch Unterzeug und Unterhosen, sowie Sportartikel werden für Männer sowohl als Frauen und besonders für Kinder gefertigt. Für diese Arbeit bezeichnen ich Dir die Orte Chemnitz, Dresden und Hohenstein-Ernstthal in Sachsen, dann Apolda-Thür. und Berlin; desgleichen sind Betriebe dieser Art in Westfalen und besonders in Stuttgart (Württemberg). In diese Rubrik gehören auch die heute viel gebrauchten Feigenhosen aus vielerlei Material, besonders aber aus Kunstseide. Ein für die Textilindustrie bedeutsamer Wäscheartikel sind dann die Pravatten, besonders die für Herren. Gibt es doch in Krefeld Fabriken, wo speziell Pravattentoffe gearbeitet werden, sowohl in echter, als auch in Kunstseide. Nun neame ich noch einen speziellen Wäscheartikel für Damen, das vorstellt. Die großen Materialunterschiede

hierfür vom einfachen Drell und dünnen Fischgratbarchent angefangen, bis zu den gestreiften und gemusterten und geblümten Jacquardstoffen, ermöglichen es der Textilindustrie, mit diesem Artikel auch fast in jedem Haushalt Geschäft zu machen. —

Nun, liebe Kollegin, wollen wir sehen, wie es mit den Kleidern steht. Wenn wir wieder mit dem uns bekanntesten anfangen, dann kommt zur Beschaffung unserer Alltagskleider zunächst die Baumwollunterwäsche in Frage. Fast jeder Textilbezirk Deutschlands hat eine oder mehrere dieser Art; so Westfalen, Bayern, Baden. Und in jedem Haushalt sind die Erzeugnisse der Untergewerbe, teils in Kleidungsstück, teils in Wäsche und besonders Schürzen, vorrätig. Das Nächstliegende sind Sachen aus Halbwolle; Kinderkleidchen, Blusen, usw. werden häufig aus diesem Material hergestellt. Die Sonntagskleider hingegen wünscht jede Arbeiterin aus Wolle gearbeitet. Diese Stoffe, auch wohl die aus Halbwolle werden vorwiegend in der sächsischen Textilindustrie hergestellt. Der Orte sind zu viele, um diese alle anzuführen. Ebenso verhält es sich mit der deutschen Tuchindustrie; als Hauptgebiet derselben sei vorweg Nachen genannt, dann wiederum Sachsen mit der Oberlausitz, mit Forst und Spremberg! Anzüge und Mäntel, Jacken und Umhänge werden aus dem verschiedenartigen Material gefertigt und überall benötigt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Dich bitten, Dir bei Bedarf nur Kleidungsstücke und Luch deutscher Herkunft zu kaufen. Was nicht in jedem Hause unbedingt notwendig und zu finden ist, das sind Kleidungsstücke aus Seide und Samt. Als Herstellungsorte nenne ich Dir hier nur Krefeld und Bremen; auch gibt es noch Fabriken in Sachsen.

Mit dem Stoff ist aber bekanntlich noch nicht alles getan. Du weißt, daß man fast zu jedem Wäsche- und Kleidungsstück irgend einen Beschärtikel bedarf. Wenn Du mal bei Deinen Sachen nachsiehst, weißt Du es bestätigt finden. Nehmen wir zunächst die Wäschebeschäfte, als da sind: Spangen und Bortchen, Bänder und Litzen. Als hauptsächlichste und weltbekannte Textilorte darf man hier Elberfeld und Barmen angeben, dann das Vogtland mit seinen Städten Plauen, Auerbach usw. Die Beschäfte für Oberkleider werden, in Seide und Samt, wieder in Krefeld gearbeitet; alles, was nicht Stoff und Band ist, wird in diesem Falle "Posamenten" genannt. Sie schließen alles in sich, was unter dem Namen: Schuhborden, Schnüren, Tressen, Quasten

Coesfelder Kollegen lagte Kollege Otte am Coesfelder Schöffengericht gegen den Genossen auf Beleidigung. Nach mehreren Verhandlungen wurde vor 14 Tagen das Urteil gefällt.

Und zwar wurde Gremuler zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle hat er für je 5 Mark einen Tag im Kasten zu sitzen. Ferner hat der Genosse die ganzen Kosten zu tragen. Dem Kollegen Otte wurde die Bekanntgabe des Urteils in einigen Zeitungen freigegeben.

Eine bittere Lehre für alle sozialdemokratischen Beleidiger und Verleumder.

Außerordentlicher Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. Cirka 100 Genossenschaften hatten mehr als 300 Vertreter zu dem am 10. März cr. in Düsseldorf stattgefundenen außerordentlichen Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine entsandt.

Die vorliegende Tagesordnung lautete:

1. Gründung der Großeinkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine;
2. Stellungnahme zum vorliegenden Einkommensteuergesetz-Entwurf;
3. Gemeinsamer Einkauf;
4. Verschiedenes.

Zu Punkt eins legte der Vorsitzende, Herr Schlaak, die Gründe dar, die es notwendig erscheinen lassen, an Stelle der von der Bezugskommission des Verbandes rheinpr. Landw. Genossenschaften in Bonn eingerichteten Abteilung für Kolonialwaren nunmehr eine eigene Bezugszentrale zu schaffen. Die sich anschließende rege Diskussion zeitigte den einstimmigen Beschluss der Gründung der Großeinkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine, deren Sitz voraussichtlich Köln sein wird. Außer den bereits vorliegenden 46 schriftlichen Erklärungen gaben noch eine Reihe Vereine auf der Tagung selbst ihre Beteiligung an dem Unternehmen bekannt.

Zu Punkt zwei fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Der am Sonntag, den 10. März, in Düsseldorf tagende außerordentliche Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, der von circa 100 Konsumvereinen von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau besucht ist, protestiert entschieden gegen die nach dem vorliegenden Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes geplante weitere Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine.

Der Konsumverein unterliegt als einzige Genossenschaftsart der Einkommensteuerpflicht, was als eine Ausnahmebesteuerung gegen die Organisation der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten angesehen werden muß. 75 Vereine des Verbandes westdeutscher Konsumvereine hatten im Jahre 1910 bereits rund 60 000 M. an Steuern zu zahlen. Hinzu kommt, daß § 8 des Gewerbesteuergesetzes und § 5 des Barenhaussteuergesetzes den Konsumvereinen Vergünstigungen vorenthalten, die dem Privathandel eingeräumt werden. Unter Berufung auf die nationalökonomische Wissenschaft und die Rechtspraxis, die auf dem Standpunkt stehen, daß das Wesen der Konsumvereine die vollständige Steuerfreiheit rechtfertige, lehnen die anwesenden Vertreter eine weitere Ausnahmebesteuerung, wie die geplante Besteuerung der im Statut festgelegten Rabattguthaben sie darstellt, entschieden ab. Diese Rabattguthaben bedeuten eine Verbindlichkeit des

Bereins den Mitgliedern gegenüber und verlieren damit jeden Steuerpflicht rechtfertigenden Charakter. Auf Grund der Ebenbürtigkeit des Rabatts im Rabattparaverein, des Privathandels und dessen im Konsumverein, erscheint eine einseitige Besteuerung nur des Letzteren durchaus ungerecht, weshalb die Anwesenden ergeben bitten, dem Entwurf in der vorliegenden Form die Zustimmung versagen zu wollen, dies insoweit, als mit der Schreibung derselben zum Gesetz eine weitere Besteuerung der Lebenshaltung derjenigen Kreise verbunden ist, die in der Hauptrichtung die Kosten der Reichsfinanzreform zu tragen haben.

Außerdem wurde hinsichtlich der am 3. März in Köln stattgefundenen Protektionsversammlung des Mittelstandes, in der bekanntlich Stellung gegen die Tagung der neutralen Konsumvereine des Kölnischen Bezirks am 24. Februar in Köln geholmten wurde, folgende Resolution angenommen:

Der Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine am 10. März in Düsseldorf protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die persönlichen Verunglimpfungen der Versammlung der Mittelstandsvereinigung am 3. März in Köln. Der Genossenschaftstag lehnt es ab, auf das Niveau der genannten Versammlung herunter zu steigen. Das unsachliche Vorgehen derselben beweist, wie wenig sachliche Gründe die Stellungnahme des Mittelstandes zur Konsumgenossenschaftsbewegung beeinflussen. Der Genossenschaftstag weist die Unterstellung, als ob der Zweck der am 24. Februar in Köln stattgefundenen Protektionsversammlung der Konsumvereine „die Heze“ und „das Hineinragen des Klassenkampfes auch in die bürgerlichen Kreise“ gewesen sei, als eine nachsichtwürdige Verdächtigung entschieden zurück, indem die im Verband westdeutscher Konsumvereine organisierten Genossenschaften sich die Wahrnehmung der Konsumenten-Interessen aller Kreise zur Aufgabe gestellt haben.

Der Nachmittag war dem gemeinschaftlichen Einkauf gewidmet, wozu von zahlreichen Firmen geschmackvolle Ausstellungen gemacht waren. Es wurde fleißig gekauft. Die Verhandlungen nahmen gegen 6 Uhr ihr Ende.

Rüstungsaufwendungen der wichtigsten Kulturstäaten. Mit Rücksicht auf die neuen Heeresverstärkungen, die demnächst den deutschen Reichstag beschäftigen werden, ist eine Übersicht darüber von Interesse, welche Aufwendungen die einzelnen Kulturstäaten für ihre Verteidigung zu Wasser und zu Lande machen.

Kein national gesinnter und vernünftig denkender Arbeiter wird für Deutschland die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verteidigungsmacht zu Wasser und zu Lande abstreiten wollen. Es ist ja geradezu ein toller Standpunkt, den der zweite Vorsitzende des deutschen Textilarbeiterverbandes, Rössel, mal in einer Versammlung in Mühlhausen i. Els. vertrat, wo er sagte:

„Wenn der deutsche Handel nicht ohne Flotte auskommen kann, mag er zugrunde gehen.“

Die Ausgaben, die für unsere Kriegsmacht ausgegeben wurden, sind notwendig im Interesse des ganzen Volkes bis herunter zu den letzten Arbeiterschichten. Ja, die Arbeiterschaft ist besonders stark an einer kräftigen Wehrmacht interessiert, denn ein Rückslag im Wirtschaftsleben trifft gerade den Arbeiterstand durch Arbeitslosigkeit und Brotlösigkeit am schärfsten und zwingt eventuell Hunderttausende zur Auswanderung. Die Verteidigungsausgaben stellen sich gewissermaßen dar als eine Sicherungsprämie für unsere nationale Güterwirtschaft. Wie die Sicherungsprämie im Privathausstand größer wird, je mehr sich der betreffende Betrieb ausdehnt, so werden auch die Verteidigungsausgaben bei wachsender Bevölkerung und zunehmendem Nationalwohlstand normalerweise immer größer.

Doch brauchen wir Deutschen noch lange nicht zu verzweifeln. Deutschland ist ja hinsichtlich seiner Verteidigung in einer eigenartigen Lage. Es ist nicht durch natürliche Grenzen geschützt, wie etwa die Schweiz durch hohe Berge oder noch mehr England durch das Meer. Im Herzen von Europa gelegen, ist es von allen Seiten von großen Nationen umgeben, es kann von Westen und Osten und von der Seeseite auch von Norden her angegriffen werden. Man braucht bloß an die Vorgänge bei den Marokkoverhandlungen zu erinnern, um zu erkennen, wie sehr wir von Feinden rings umgeben sind. Die Folge davon ist, daß wir sowohl über ein starkes Heer als auch über eine entsprechende Flotte verfügen müssen. Dennoch aber sind die Verteidigungsausgaben Frankreichs und Englands höher als die Deutschlands, wenn man sie in richtiger Beziehung zur Bevölkerung sieht. Wie groß der Aufwand für Heer und Flotte war, den die wichtigsten Staaten im Jahre 1911 machten, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen:

Aufwand der Großmächte für die Landesverteidigung im Jahre 1911.

	Bewölkerung in Mill.	Armee		Marine		Armee und Marine zus.	
		insges. auf den Kopf der Bevölk. M.	auf den Kopf der Bevölk. M.	insges. auf den Kopf der Bevölk. M.	auf den Kopf der Bevölk. M.	insges. auf den Kopf der Bevölk. M.	auf den Kopf der Bevölk. M.
Deutschland	65,7	808,7	12,31	450,3	6,85	1259,0	19,26
England	45,2	546,9	12,10	905,6	20,04	1452,5	32,14
Frankreich	39,6	718,5	18,10	233,6	8,42	1052,1	26,56
Österr.-Ung.	52,0	444,0	8,52	104,8	2,01	548,8	10,55
Italien	153,6	1047,6	6,84	237,7	1,55	1285,3	8,37
Ver. Staaten	93,7	559,2	6,04	534,8	5,71	1094,0	11,71
Japan	51,7	206,4	4,00	190,8	3,50	387,2	7,50

Betrachtet man die absoluten Zahlen für 1911, so steht der deutsche Rüstungsaufwand um 200 Millionen hinter dem englischen zurück und ist sogar noch etwas kleiner als derjenige Russlands. Eine Vergleichung der Belastung mit Rüstungsausgaben aber muß die Größe des jeweiligen Volkes mit berücksichtigen. Dann ergibt sich, daß England 32,1, Frankreich 26,5 und Deutschland 19,2 M. pro Kopf seiner Bevölkerung an Verteidigungsausgaben aufwendet. Deutschlands Heeresaufwand steht also durchaus nicht am höchsten in der Welt. Dabei sei

noch darauf verwiesen, daß England das von den Genossen wegen seiner Billigkeit über den grünen See gesetzte sogenannte Miltzsystem hat.

Werkmeister und gelbe Bewegung. Unter den Unterzeichnern des Aufrufes zur Förderung gelb-nationaler Arbeitervereine, der im Sommer 1910 von zahlreichen Politikern, Reichsverbandsmännern und industriellen Interessenvertretern veröffentlicht wurde, befand sich auch ein führendes Mitglied des Deutschen Werkmeister-Verbandes. Und noch heute stehen, soweit das bekannt geworden, in einzelnen Zentren der gelben Bewegung (Berlin, Augsburg, Ruhrbezirk) Deputierte von Werkmeistern, darunter sogar organisierte Mitglieder des Werkmeister-Verbandes, im Lager der Gelben, obgleich insofern der Charakter dieser neuen Vereinigungen deutlicher offenbar geworden ist.

Nun bringt die „Werkmeister-Zeitung“ (Nr. 10, vom 8. März), das Organ des Deutschen Werkmeister-Verbandes, aus dem Feder des Herrn Dr. Wald. Zimmermann einen Artikel, der das Wesen der gelben Bewegung gründlich kennzeichnet und die Werkmeister und Privatbeamten entschieden davor warnt, sich vor den Wagen des „Gelben“ spannen zu lassen. Sie hätten im Gegenteil ein großes Interesse an der Förderung einer selbständigen Berufsorganisationsbewegung, die für die Arbeiter die Gewerkschaften sei.

Die gelbe Arbeiterbewegung ist in kleinem Umfang eine harmlose Gründung jener Flügel, die andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen, sich dabei selbst die Feuerversicherungsprämie ersparen und obendrein über die wüsten Manieren der Kameraden, die sich ins Feuer wagen und dabei nicht glimpflich zu packen, ja auch oft Haare dort lassen müssen, sittlich entzücken. Soweit die gelbe Arbeiterbewegung eine Reaktion gegen übertriebene Klassenkampfsucht, gegen Radikalismus, Streikhuberei und Organisationsterrorismus ist, hat sie als warnendes Symptom sogar eine gewisse Berechtigung, obgleich die Subventionierung der gebeiten Arbeitnehmervereinigungen durch die Arbeitgeber ihre moralische Wirkung wieder verflüchtigt. Sofern die gelbe Arbeiterschaft aber sich als Sturmblock zur Schwächung der unabhängigen Koalitions-Bestrebungen der Arbeitnehmer missbraucht läßt und ihre stärkere Entwicklung an einer Blöße die Folge hat, daß die Arbeitgeber nunmehr den Industriearbeitern und -beamten offen das freie Selbstbestimmungs- und Koalitionsrecht glauben nehmen zu können, da drohen der geistlichen Entartung der Arbeitnehmerinteressen, wenn auch nicht von heute auf morgen, in doch in absehbarer Zeit Gefahren, und zwar nicht bloß den unabhängig organisierten, sondern auch den gelben Arbeitnehmern selbst, und sie werden — vielleicht schon zu spät — erkennen, daß sie das soziale Erstgeburtsgerecht, das Recht der unabhängigen, selbständigen Organisation für ein Linsengericht verkaufen haben.

Dieses Vorgehen der Werkmeister-Zeitung gegen die gelbe Bewegung ist sehr erfreulich und in hohem Maße geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zur Meisterschaft zu verbessern. Denn es liegt doch auch sowohl im Interesse des Meisters selbst als des ganzen Betriebes, daß sich gewerkschaftliche Arbeiterschaft und Werkmeister nicht wie Fahe und Hand gegenüber stehen. Wer von Fabrikverhältnissen etwas versteht, wird wissen, wie sehr viel von einem guten Verhältnis zwischen Meister und Arbeitern abhängt.

Wer Wind lädt . . . Die innerliche Verschönerung geht innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung weiter vor sich. Auslehnung der radikalisierten Mitglieder gegen rechtmäßig gefaßte Beschlüsse, gegen die Verbandsinstanzen und namentlich gegen die Verbandsführer ist so häufig, daß selbst das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften längst ein bitteres Lägelied darüber anstimmen mußte.

Kürzlich kam es auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Arbeiter und -Arbeiterinnen wieder zum Krach. Die Verbandsleitung hatte einen Tarifvertrag angenommen, nachdem sie auf den Gauvorsteherkonferenzen und nach Sammlung der Wünsche aus den einzelnen Verbandorten die zufolgende Stimmung der Mitglieder erlangt ein bitteres Lägelied darüber anstimmen mußte. Der Tarif passte nicht in den Kram des Radikalismus der Berliner Ortsgruppe. Die Verbandsvorsitzende Tiefe berichtet auf der Generalversammlung darüber:

„Mit dem Resultat der Tarifamtsverhandlung beschäftigte sich dann sofort eine sehr stürmische Vertrauenspersonenversammlung und danach eine von 300 Personen besuchte stürmische Mitgliederversammlung der Berliner. Die sachlichen Ausführungen des Vorstandes wurden stellenweise niedergeschrieben, und schließlich wurde eine Resolution aus der Mitte der Versammlung angenommen, die dem Vorstand das Recht abspricht, selbständig einen Tarif abzuschließen, und weiter ausspricht, daß die Berliner Filiale, solange die Aufführung der Beiträge an den Hauptvorstand verweigert, bis eine Generalversammlung des Gesamtverbandes über den Streitfall eine Entscheidung getroffen hat.“

Auch auf der Generalversammlung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, bis es der Zentralleitung nach langem Bohren und Würgen gelang, die Leute zur Annahme einer Vertrauensresolution zu bewegen. — Wir sehen auch in diesem Falle die Folge, der sozialdemokratischen Erziehung.

Die Stellung französischer Sozialdemokraten zur Alkoholfrage. Ein fürstlich der französischen Kammer vorgelegener Gesetzentwurf bezeichnet durch Veränderung der Wirtschaften den Alkoholkonsum

einzu schränken. Dass hierzu wirtschaftliche Veranlassung vorliegt, zeigen die vom "Tempo", einer französischen Zeitung, veröffentlichten Ziffern. Diese besagen: Vor dem Gesetz von 1880, das die Ausschank-Freiheit einführte, gab es in Frankreich 354 000 Wirtschaften; heute sind es deren 480 000, eine auf je 80 Einwohner. Im Jahre 1860 betrug der Alkoholverbrauch 2,27 Liter auf den Kopf, im Jahre 1911 stieg er auf 4,13 Liter und in einzelnen Departements auf 11 und 12 Liter. Die Folgen liegen klar zu Tage: Im Jahre 1869 betrug die Zahl der Morde 125; heute beträgt sie 359. Im Jahre 1835 betrug die Zahl der Geisteskranken 11 000; heute beträgt sie 75 000; die Zahl der für untauglich erklärt Stellungspflichtigen ist in der Seine-Region auf 30, in der Drôme sogar auf 55 Prozent gestiegen.

Demgemäß meinte der "Tempo":

"Der Abgeordnete Augagneur habe vollständig recht gehabt, als er sagte: 'Der Alkoholismus ist eine Ursache des Ruins für unser Land; er ist eine Ursache der Abnahme der Geburtsziffer, die jedermann so sehr beklagt, aber nur in Worten, ohne jemals die Mittel anzuwenden, durch die man das Uebel heilen könnte. Der Alkoholismus ist eine mächtige Ursache der Verminderung des Widerstandes der Individuen, er ist vielleicht die gewaltigste Ursache des Elends überhaupt.'

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss verwiesen, und das bedeutet gemäß der Gesetzesheiten der französischen Kammer ein Begräbnis erster Klasse. Der "Tempo" sprach nun seine Verwunderung darüber aus, daß auch Sozialisten, wie z. B. Gundlach und Semat gemeinsam mit den Reaktionären und den Vertrauensmännern des Schnaps handels den Gesetzentwurf begraben hätten. Darauf sandten circa 30 (!!) Sozialisten dem "Tempo" eine Erklärung, die eine Rechtfertigung ihres Verhaltens bedeuten soll. Die Erklärung lautet:

1. Die Beschränkung der Wirtschaften hat keineswegs eine Einschränkung des Alkoholkonsums zur Folge, sie ist also machtlos gegen das Uebel des Alkoholismus, der ein Erzeugnis der kapitalistischen Gesellschaft ist und nur mit dieser verschwinden wird.

2. Die vorgeschlagene Reglementierung gibt der schlimmsten Wirtschaft Raum, da die Wirtschaftszonen nach Kunst oder Belebung zur Verleihung kommen werden.

3. Die Eröffnung einer Wirtschaft ist für die Arbeiter, die ihre Pflicht als Sozialisten oder Gewerkschaftler getan haben, sehr oft die einzige Zuflucht vor der Gewaltsherrschaft der Arbeitgeber und wir Sozialisten, die wir die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter betreiben, können ihnen unmöglich diese letzte Waffe rauben lassen. Und indem wir uns weigern, in dem Kampfe, der sich dem Proletariat zu seiner und der Menschheit Befreiung an drängt, unsere Kämpfer entwaffnen zu lassen, sind wir uns bewußt, gegen den Alkohol den einzigen Kampf zu führen, der sein Schwindel ist, da der Alkoholismus, wie wiederholen es, mit allem Elend erst in einer Gesellschaft verschwinden wird, in der die Wohlfahrt, die Frucht der befreiten Arbeit, für alle erzielter wird."

Die unter Punkt 1 aufgestellten Behauptungen widerlegt der "Tempo" nun mit folgenden Zahlen: Er stellte fest, daß infolge der Einschränkung der Wirtschaften der Alkoholverbrauch in Holland (1882 bis 1905) von 4,71 auf 3,73 Liter per Kopf, in Italien (1886 bis 1905) von 1,25 auf 0,76, in der Schweiz noch vor dem Absintheverbot (1893 bis 1905) von 3,19 auf 1,95, in Schweden (1880 bis 1905) von 5,05 auf 3,55, in Norwegen (1876 bis 1905) von 3,35 auf 1,33 Liter per Kopf gefallen ist; da könne man doch unmöglich behaupten, daß die Einschränkung der Wirtschaften nichts nütze.

Interessant sind vor allem die unter 3. angeführten Argumente. Mit der Stärke und den Finanzverhältnissen der französischen sozialistischen Gewerkschaften, wie auch mit dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiter müßte es nicht glänzend bestellt sein, wenn die Übernahme einer Wirtschaft die einzige Zuflucht des gemäßigten Kollegen sein soll. Außerdem eröffnet ein derartiger Standpunkt ganz sonderbare Perspektiven. Hat der gemäßigte Arbeiter die Wirtschaft übernommen, so gewinnt auch, scheinbar, das Solidaritätsgefühl seinen Kollegen, mit möglichst viel Alkohol bei ihm zu konsumieren, um seine Cristen zu sichern. Das bedeutet also eine direkte Förderung des Alkoholgenusses. Demgemäß bezeichnete auch auf dem Mittwoch Februar aufgefundene französischen Parteitag der Sozialdemokratie ein Vertreter das Argument, daß Gemütsregelte oft eine Cristen im Alkoholverschleiß finden, mit Recht als lächerlich. Gemütsregelte, so meinte der Betreffende, sollen an die Solidarität der Arbeiter appellieren, nicht das Wert des Kapitalismus wazagen fortzutragen, an ihren Kameraden Crist verloren. Ein anderer Delegierter meinte: "In ganz Europa reglementiert man den Alkoholverbrauch, bei uns stimmen sozialistische Deputierte gegen die Beschränkung und schwärmen und über andere Mittel der Bekämpfung des Alkoholismus. Der Grund ist die Furcht vor dem Bündler, dem einflussreichen Wähler." Der Raum, so schreibt uns, hat den Nagel auf den Kopf getroffen.

Aus unserer Industrie.

Der Streit in England und die vogtl. Stickerei- und Spinnereiindustrie.

Das Geschäft unserer Stickerei- und Spinnereifabriken mit England und Schottland, schreibt Otto Tröger in der "Neuen Vogtl. Zeitung", liegt schon seit einigen Jahren besonders ungünstig, und es ist sehr die Frage, ob es jemals seine frühere Bedeutung erlangen wird. Die Gründe des Rückganges dieses noch vor wenigen Jahren blühenden Exportes sind schon öfters dargelegt worden, sie heißen: Umgang der Mode seit 1908, Überfüllung des englischen Marktes mit billiger Baumwolle und Schadware, wie sie die zahlreichen Komödien und

Ramschafabrikanten in großen Massen hinüberwerfen und nicht zuletzt das Erstarken der Fabrikation gestickter Spitzen in England selbst. Es werden eben in neuerer Zeit immer mehr Stickmaschinen nach Nottingham und Umgegend eingeführt, deren Erzeugnisse in Wettbewerb mit den vogtländischen auf dem englischen Markt treten.

Noch verhältnismäßig günstig war in den letzten Jahren der Absatz von fertigen konfektionierten Spitzen und Stickerei-Artikeln, als da sind Kragen, Tabots, Schleifen, Tücher, Schals u. a. m., umso weniger befriedigend aber erwies sich das Geschäft in Meterwaren. Als im vergangenen Sommer Frau Mode die Erzeugnisse der Stickerei- und Spinnereiindustrie in entschiedener Weise zur Auschmückung der Frauenkleidung begünstigte, besonders in feinen und feinsten Qualitäten, glaubte man, daß auch für das englische Geschäft wieder bessere Zeiten angebrochen seien. Über diese Hoffnung erfüllte sich nur zum allerkleinsten Teile, als die englischen Einläufer im vergangenen Herbst auf dem hiesigen Markt erschienen, um ihre Aufträge für die Frühjahrssaison 1912 zu erteilen. Während die Käufer aus allen anderen Ländern den Erwartungen entsprachen, welche die Fabrikanten gehabt hatten und ein Spiegelbild boten frischer Unternehmungslust und wiedererwachten Vertrauen zu den Spitzen und Spinnereiartikeln, enttäuschten die Aufträge der englischen Käufer allgemein. Im Vogtland war man darüber nicht gram, denn die Stickerei- und Spinnereiindustrie war reichlich und überreichlich mit Aufträgen versehen und ein weiteres Mehr von Aufträgen hätte wilde Zustände herbeigeführt. Auch glaubte man, daß England, gezwungen durch die sich immer mehr entwickelnde Spinnemode, im zeitigen Frühjahr als starker Käufer auf dem hiesigen Markt auftreten werde. Durch den Riesenstreit der Kohlenbergleute ist jedoch diese Hoffnung auf ein beschleunigtes Maß herabgeschräkt, wenn nicht ganz zerstört worden.

Das ganze Wirtschaftsleben, Handel und Wandel kommen, je länger dieser unheilvolle Streit zwischen Arbeit und Kapital anhält, zum Stillstand. Die Geschäftsfreisenden, die sich auf Tour befanden, sind fast alle zurückberufen worden, der Personen- und Güterverkehr ist stark eingeschränkt, Lebens- und Heizmittel steigen maßlos im Preise. Gerade jetzt ist die Zeit, wo unter normalen Verhältnissen das regste Geschäft sich in den Artikeln der Stickerei-, Spitz- und Püschbranche entwickelt. In den Großgeschäften Londons und Manchesters, in den Riesenlauffäusern dieser Städte treffen sich in den Wochen vor Ostern die Einläufer aus dem ganzen Reiche und der Geschäftsvorlehr ist oft kaum zu bewältigen, namentlich wenn mildes, sonniges Wetter die Saison begünstigt. Dies alles ist durch den Streit großen Teils lahmgelegt und verschoben, bis wieder geordnete Verhältnisse eintreten werden. Manches dürfte einzuholen, vieles aber unwiederbringlich verloren sein und die Aufträge, die bei einem zeitigen und flott einschenden Frühjahrsgeschäft für die vogtländische Industrie in Aussicht standen, dürften kaum erteilt werden, wenn der Streit sich noch lange hinzieht."

Die Preisbewegung der Textilrohstoffe.

Wichtiger als jede andere Industrie befindet sich das Textilgewerbe mit seinen einzelnen Zweigen in einer starken Abhängigkeit vom Rohstoffmarkt. Die Rentabilität des gesamten Gewerbes ist daher auch durch die jahrelang anwachende Verteuerung des Rohstoffmaterials nicht wenig beeinträchtigt worden. Seit der Mitte des vorigen Jahres leidet jedoch eine Besserung der Lage des Rohstoffmarktes ein. Die hat auch recht bedeutende Fortschritte gemacht, sodass bereits ein kräftiger Aufschwung der Textilindustrie zu beobachten ist. Ein Bild von der Bewegung der Baumwollpreise in den Januarmonaten der letzten fünf Jahre ergibt die nachstehende Zusammenstellung. In Bremen und Hamburg kostete ein Doppelzentner Baumwolle in den Januarmonaten der Jahre 1908 bis 1912 durchschnittlich in Mark:

	Jan. 1908	Jan. 1909	Jan. 1910	Jan. 1911	Jan. 1912
Bremen Middling	121,26	96,35	151,31	152,75	97,98
Hamburg Ren- Orleans Middling	121,75	95,55	150,25	153,00	99,00

Gegen den Januar 1911 sind die Rohstoffpreise für Baumwolle ganz beträchtlich zurückgegangen. Nur im Januar 1909 wurden für einen Doppelzentner noch niedrigere Preise gezahlt. Auch die Rohstoffpreise für Wolle sind wiederum wieder zurückgegangen. Die Bewegung der Preisnotierungen von Wolle pro Doppelzentner während der Januarmonate 1908 bis 1912 werden in der nachstehenden Tabelle gespiegelt:

	Jan. 1908	Jan. 1909	Jan. 1910	Jan. 1911	Jan. 1912
Kammg. La Plata	490,00	450,00	510,00	480,00	467,00
Kammg. Austral.	260,00	240,00	265,00	230,00	247,50
etwas fehlerhaft					

Die Leipziger Wollpreise zeigten für die in der Tabelle genannten Rohstoffmarken gewisse Schwankungen. Gegen den Januar 1908 ergibt sich auch in diesem Zweige des Textilgewerbes ein Nachlassen des Rohstoffpreises. Freilich zogen die Notierungen für australische Kammg. gegen den Januar 1911 ziemlich stark an. Die höchsten Rohstoffpreise hatte der Januar 1910 aufzuweisen. Die größte Besserung der Lage des Rohstoffmarktes für Rohjute zeigt sich im Januar 1910. Trotz der übermals aufgezogenen Preiserhöhung für Rohjute bleiben die Notierungen für Re-P. Rote hinter den Preisen von 1908 zurück. Rohjute good I native-Märkte ist dagegen im Preise gestiegen. Für diesen Zweig der Textilindustrie ergibt folgende Übersicht die Bewegung der Rohstoffpreise für einen Doppelzentner auf dem Hamburger Markt durchschnittlich in Mark:

	Jan. 08	Jan. 09	Jan. 10	Jan. 11	Jan. 12
Hamburg, Rohjute Re-P.	72,75	56,25	48,25	58,25	70,50
Hamburg, Rohjute good I	29,75	27,00	28,25	40,25	48,00
native	29,75	27,00	28,25	40,25	48,00
Uml. 10,25 M. ist also im Durchschnitt die Marke good I native gegen den Januar 1908 gestiegen. Re-P hat trotz des Anziehens seit Januar 1910 gegen den gleichen Monat im Jahre 1908 im Preise um 2,25 M. pro Doppelzentner nachgelassen. Auch die Besserung der Lage des Kreisfelder Rohleidenmarktes hat angehalten. Gegen den Januar 1908 ergeben sich erhebliche Abschwächungen des Preises für Rohseide. Diese Bewegung kommt deutlich in der nachstehenden Zusammenstellung zum Ausdruck. Im Durchschnitt wurden für ein Kilo gramm Rohseide auf dem Kreisfelder Rohleidenmarkt in den Januarmonaten der letzten fünf Jahre in Mark gezahlt:					

	Jan. 08	Jan. 09	Jan. 10	Jan. 11	Jan. 12
Rohseide, ital. Trame	24/26	47,00	43,00	42,00	40,00
" japan. "	34/40	43,00	43,00	40,00	38,00

Abschlüsse bayrischer Textilfabriken.

Die größeren bayrischen Textilunternehmungen haben im letzten Jahre ohne Ausnahme sehr schlecht abgeschlossen und teilweise sehr bedeutende Verluste zu verzeichnen gehabt.

Über diese Verluste gibt nachstehende Tabelle, in der die Ergebnisse von 19 der bedeutendsten bayrischen Textil-Etablissements zusammengestellt sind, am besten Aufschluß.

	Baumwoll-Spinn- und Webereien	Aktien- kapital	Betriebs- ergebnisse 1911	gegen 1910 mehr oder weniger
1. Augsburg	4 500 000	—	1 190 321	- 1652 301
2. Haunstetten	1 542 857	—	75 247	- 163 289
3. Kaufbeuren	1 542 857	—	207 485	- 181 975
4. Kempten	1 800 000	—	70 255	- 112 402
5. Blaichach	3 000 000	—	440 788	- 327 280
6. Bamberg	3 600 000	110 000	—	- 108 246
7. Bayreuth	1 660 000	132 982	—	- 175 100
Baumwoll- Spinnereien.				
1. Feinspinnerei, Augsburg	1 250 000	157	—	28 060
2. Senkelbach, "	1 000 000	—	84 963	- 25 889
3. Stadtbach, "	3 428 571	506 923	—	49 985
4. Wertach, "	600 000	—	130 515	- 135 713
5. Kolbermoor	2 000 000	25 726	—	- 163 373
Baumwoll- Webereien				
1. Fichtelbach, Augsburg	700 000	—	99 589	+ 61 038
2. Mühlbach, "	1 000 000	116 670	—	28 698
3. Fischen	257 142	—	23 102	- 62 523
4. Böschlingzweiler	542 357	—	54 883	- 89 738

Die Ortsgruppen-Vorstände werden dringend ersucht, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Berichterstattung bestimmt und zur richtigen Zeit erfolgt.
Mit kollegialem Gruß

Die Zentralstelle.

Achtung, Vorstandsmitglieder!

Zur Jugendagitation.

Zur Agitation unter der Jugend stehen den Ortsgruppen alle und gediegene Jugend-Flugblätter

zur Verfügung. Die Vorstände werden gebeten, die Zahl der gewünschten Exemplare umgehend der Zentralstelle in Düsseldorf mitzuteilen. Die Versendung erfolgt alsdann mit den Verbandszeitungen.

Die Vorstandsmitglieder werden dringend ersucht, von diesen Flugblättern Gebrauch zu machen. Sie werden in der Werbearbeit für die Jugend sehr gute Dienste tun.

Wit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand.
F. A. Sistrich.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Röllwagen und der sozialdemokratische Magistratsrat und Redakteur Simon, beide in Augsburg, saßen am 16. Februar 1912, 3. vor dem Augsburger Schöffengericht auf der Anklagebank. Unser Kollege Bayer aus Haunstetten war gezwungen, gegen die beiden Bekleidungskläger zu erheben. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, der in allen Teilen dem Kollegen Bayer volle Genugtuung gewährte und den beiden Beklagten eine recht empfindliche Niederlage bereitete. Der Vergleich lautete: "Röllwagen und Simon nehmen die gegen die Arbeiter erhobenen Bekleidungskläger mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichten sich, sämtliche Kosten zu übernehmen." Folgen wir den Ausführungen der beiden Angeklagten Röllwagen und Simon selbst, die sie zu ihrer Verteidigung im Gerichtssaal vorbrachten. Herr Landtagsabgeordneter Röllwagen führte aus:

"Es war am 22. Oktober vorigen Jahres, wo ich in einer öffentlichen Versammlung in Haunstetten referierte. Als ich ungefähr sieben Viertelstunden gesprochen hatte, kam ein Mann herein, der sich durch unqualifizierte Zwischenrufe bemerkbar machte." Herr Röllwagen legte vor Gericht besonderen Nachdruck auf diese Zwischenrufe, die geeignet gewesen seien, ihn in seinen Ausführungen sowie auch die Versammlung zu stören. Obwohl nun Herr Röllwagen sich längere Zeit über diesen Punkt verbreitete, unterließ er es, einen solchen Zwischenruf zu nennen, sodaß der Vorsitzende sich genötigt sah, an Herrn Röllwagen die Frage zu stellen: Wie lauteten denn die Zwischenrufe? Doch siehe da, in diesem Augenblick spielte Herr Röllwagen sein Gedächtnis einen bösen Streich. Mit gesenktem Haupte mußte er antworten: "Das weiß ich nicht mehr." Diese Antwort stimmte natürlich sehr schlecht mit der vorhergehenden Enträkung über diese Zwischenrufe überein. Aber wir unsererseits glauben es gar nicht, daß Herr Röllwagen der Wortlaut dieser Zwischenrufe nicht mehr bekannt war, sondern er zog es vor, diese Antwort zu geben, weil er sich selbst sagen mußte, daß die Zwischenrufe so geringfügiger Natur waren, daß er damit vor Gericht keinen Anfang gefunden hätte. Aber so geht es: Vorher auf den Plakaten großes Gescheh, alles soll erscheinen, freie Diskussion, und dann, wenn sich jemand erlaubt, dieser Einladung Folge zu leisten, da wird er nicht nur von der verhexten Masse niedergebrüllt, sondern selbst die Referenten, in diesem Falle Herr Röllwagen, werden nervös, und der ganze Hass, der bei diesen Leuten gegen Andersdenkende immer vorhanden ist, wird gegen dieselben ausgeschüttet. Herr Röllwagen suchte nun seine gegen den Arbeiter gemachtene Bekleidungskläger so gut wie möglich abzuschütteln. Er will nicht von einem "Prachtexemplar dieser Sorte" und nicht von einem "dummen Kerl" usw. gesprochen haben, obwohl ihm das durch Zeugen bewiesen wurde. Er will auch seine sonstigen Aussagen nicht als Behauptungen, sondern nur als "Möglichkeit" gesprochen haben.

Unders dagegen war die Sache mit dem Herrn Magistratsrat Simon, dem eine ganze Anzahl schwerer Bekleidungskläger gegen den betreffenden Arbeiter zur Last gelegt wurden. Dieser Herr konnte natürlich nicht trennen und das Geschehene nicht ungeschehen machen, denn das geschriebene Wort lag auf dem Richtertische. Und dennoch glaubte Herr Simon, dem Gericht plausibel machen zu sollen, daß er den Arbeiter "einen christlichen Typ", "einen gelbchristlichen Matador" und dergl. schimpfen dürfe, aber, o weh, von seinem eigenen Rechtsbeistand mußte sich Herr Simon vor Gericht öffentlich sagen lassen: "So etwas schreibt man nicht in der Zeitung."

Die Sozietät in Augsburg hat zwei lange Artikel über diese Verhandlung verbrochen, um ihre Leser über die große Blamage hinwegzutäuschen. Das ist vergebliche Mühe, nur eines hat der Redakteur dieser Zeitung dabei gewonnen, nämlich: wenn der Kollege Bayer nicht in einen Vergleich eingewilligt hätte, dann hätte Herr Simon schäfischlich höchstens dort seine Pflicht feiern können, wo er unlängst seine Weihnachten gefeiert hat.

Colmar. Im vergessenen Monat hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, mit folgender Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstands-Erfahrmahl, 3. Wahl der Kassenrevisoren, 4. Wahl der Kartelldelegierten. Vor der Vorsitzende zum eigentlichen Jahresbericht überging, warf er einen Rückblick auf die Lage der Textilindustrie im allgemeinen, speziell im Elsaß, während des vergessenen Geschäftsjahres. Er hebt hervor, daß der Weltmarkt sich im letzten Jahre nicht wesentlich geändert habe, besonders ein Aufstieg der Konjunktur sei nicht zu verzeichnen. Darum seien auch die Verhältnisse im großen ganzen gleich geblieben. Die Lage des Weltmarktes habe eine wesentliche Erhöhung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht ermöglicht. Wir sind trotzdem gewachsen und sehen auch mit froher Hoffnung in die Zukunft. Der Vorsitzende erklärte, daß wir nun, nachdem die politischen Wirren vorüber seien, auf die Fragen der Gegenwart, in Bezug auf Welthandel und die Lage des Weltmarktes, sowie die Einwirkungen auf die einzelnen Berufszweige näher eingehen würden, damit die Mitglieder die Lage der gegenwärtigen Verhältnisse in der Textilindustrie besser überblicken und beurteilen könnten. Dieser Vorschlag wurde mit Bravo aufgenommen. Die Ergebnisse des Jahresberichtes sowie auch des Kassenberichts lassen sich zusammenfassen in der Schlüffolgerung: Wir da unten,

an der äußersten Spitze des Deutschen Reiches, sind nach innen und außen gesetzigt und stark. Wir sehen noch einige Neuaufrnahmen entgegen und haben qualitativ und quantitativ zugenommen. Einige jüngere Kräfte sind zur Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung herangezogen und berechtigen zu den besten Hoffnungen. Mit Liebe und Opfermut für die Gewerkschaftsbewegung und Vertrauen auf unsere eigene Kraft gehen wir nun an die Werbearbeit, um unserem Verbande neue Mitglieder zu gewinnen. Die Vorstandswahl ergab ein Vertrauensvotum für die bisherigen Vorstandsmitglieder. Als Kassenrevisoren und Kartelldelegierte wurden gewisse Leute herangezogen, welche ihre Kraft für unsere gute Sache einsetzen werden. Mit den besten Hoffnungen für die Zukunft ging die Versammlung auseinander.

M. Gladbach-Waldhausen. Als Einleitung für die studentischen heimatlichen Unterrichtskurse während der Osterferien und auch als Einleitung für unsere diesjährige Hausagitation hatte der Vorstand der Ortsgruppe Waldhausen einen Familienabend veranstaltet. Der große Saal der Wv. Lenbach war überfüllt. Nachdem Kollegin Thissen einen Prolog vorgetragen hatte, sprach als erster Redner Herr stud. phil. F. Roebers über: "Zweck und Ziele der studentischen heimatlichen Arbeiterkurse." Der Student von heute sei ein anderer geworden, so führte Redner etwas aus, "soziales Verstehen und Kennenlernen der unteren Volkschichten seien Vorbedingung für ihn, um im späteren Beruf erfolgreich wirken zu können. In den Kursen lerne nicht nur der Arbeiter von den Studenten, sondern auch der Student von dem Arbeiter." Redner legte dann den Gang der Kurse des näheren dar und schloß mit dem Wunsche, daß auch in Gladbach die Kurse sich immer mehr ausbreiten möchten. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Als zweiter Redner war Kollege Müller erschienen, welcher in seiner Freitreppe die Jugend- und Arbeiterinnenagitation behandelte. Redner richtete einen ernsten Appell an die Eltern, ihre Söhne und Töchter frühzeitig den christlichen Berufsorganisationen zuzuführen. An Hand von Beispielen zeigte er, wie man von sozialdemokratischer Seite bemüht ist, speziell die Jugend zu gewinnen. Demgegenüber gelse es, auch unserseits durch Aufklärung und unablässige Agitation dem gegnerischen Treiben einen mächtigen Damm entgegenzustellen. Turnerische Aufführungen des Allgemeinen Turnvereins (e. V.) Waldhausen, gesangliche Darbietungen des bekannten M. Gladbachschen Solo-Quartette und von der Theaterabteilung des katholischen Arbeitervereins exakt aufgeführte Einakter sorgten weiterhin für gediegene Unterhaltung.

Hinsbeck. Unsere Generalversammlung tagte am 20. Februar. Nachdem der Kassier den Kassenbericht des letzten Quartals erstattet hatte, gab der Kollege Hinzen den Jahresbericht von 1911. Aus demselben entnehmen wir folgendes: Unsere Ortsgruppe zählte am Schlusse des Jahres 1911 223 Mitglieder, davon 75 Kolleginnen; im Laufe des Berichtsjahres verminderte sich die Mitgliederzahl um 5. Es haben statigfunden 7 Mitglieder, 1 öffentliche, 25 Vorstands- und 14 gemeinsame Vorstands- und Fördererversammlungen. Arbeitslos waren 97 Mitglieder mit insgesamt 659 Arbeitslosenagen. Hieron waren unterstützungsberechtigt 65 Mitglieder mit 368 Tagen. Die Unterstützungssumme betrug 467,10 M. Am Kranengeld wurden 199,55 M. und an Siebengeld 165 M. ausgezahlt. Am 8. Januar veranstaltete die Ortsgruppe mit dem katholischen Arbeiterverein eine gemeinsame Weihnachtsfeier. Bei dieser Gelegenheit vertrieb sich Kollege Marquardt aus Krefeld in längeren Ausführungen über die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Bei dem im Herbst infolge der Dürre sich einstellen den Mangel an Gemüsen vereinigte sich die Ortsgruppe mit dem katholischen Arbeiterverein zum gemeinsamen Kappuseinkauf. Im ganzen wurden 34 000 Pfld. Kappus aus Holstein bezogen und zum Selbstkostenpreis von 6 M. resp. 6,10 M. pro Kettner abgegeben. Zu der von Zentralvorstand ausgeschriebenen allgemeinen Sammlung für die ausgesperrten christlichen Tabakarbeiter steuerte die Ortsgruppe Hinsbeck 52,35 M. bei, welche an die Geschäftsstelle des Gefamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln abgeführt wurden. Am fleißiger Arbeit hat es im Berichtsjahr 1911 nicht gefehlt. Wenn trotzdem die Mitgliederzahl nicht auf der Höhe geblieben ist, so röhrt dieses nicht von Austritten her. Es sind vielmehr Mitglieder gestorben und einige verzogen. Auf zur Agitation. Hier werden wir nicht ruhen, bis der letzte Textilarbeiter resp. Arbeiterin bei uns in der Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter Hinsbecks organisiert ist.

Kempten, im bayerischen Allgäu. Den Gebirgskindern ist ein schöner Frühlingstag eine willkommene Gelegenheit zur Erholung in Gottes freier Natur. So sind solche Tage nicht besonders geeignet zu Gewerkschaftsversammlungen. Und dennoch war unsere Versammlung am 10. März nicht schlecht besucht. Sogar von Rottern waren einige Mitglieder zu uns herübergekommen, nachdem sie gehört hatten, daß der Bezirksleiter Kollege Geier anwesend sein würde. Dersebe behandelte in einem Vortrag die gegenwärtige Lage in der Textilindustrie und unsere Aufgaben in der Zukunft, mit besonderer Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse. Die Diskussion ergab allseitige Zustimmung, und mit großer Begeisterung gaben die Anwesenden das Versprechen ab, tüchtig mitzuarbeiten an der Ausbreitung der beiden Zahlstellen Kempten und Rottern. Als eine für Kempten besonders erfreuliche Erscheinung wurde Klage geführt darüber, daß im katholischen Arbeiterverein und auch im Arbeiterinnenverein eine gewisse Abneigung herrscht gegen die Gewerkschaftsbewegung, ja, daß es sogar Ausschlußmitglieder geben soll, welche jede Anregung zur Gewerkschaftsarbeit zu vereiteln suchen. O, diese bedauernswerten Menschen, sie wollen sich noch mit veralteten rückständigen Ausreden über diese schwierige Frage hinweghelfen, und wenn sie doch nur ihre Augen aufmachen würden, dann müßten sie sehen, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Feuerfaser an der Arbeit sind, um die Arbeiterschaft der Textilindustrie ins sozialdemokratische Schleppen zu nehmen. Das eine sei heute schon gesagt: die einseitige konfessionelle Organisation genügt für die Arbeiterschaft der heutigen Zeit nicht mehr, sie werden sich wirtschaftlich, d. h. gewerkschaftlich organisierten müssen, wenn nicht christlich, dann sicher sozialdemokratisch. Die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen in Kempten gehören färmlich konfessionellen Vereinen an. Möge dieser Warnungsruf mal vorläufig genügen, um den leitenden Personen dieser Vereine das Gewissen etwas zu schärfen. Für uns muß die Parole lauten:

Der Lenz will kommen, der Winter ist aus:
Drum rufen wir laut: Heraus, heraus!
Heraus, ihr Schläfer, in Flur und Heid!
Es ist nicht fürder mehr Schlafzeit.

Lenth. Aus dem auf unserer Generalversammlung erstatteten Bericht des Kollegen Math. Houtgen ging hervor, daß sich die Zahl der Mitglieder unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre vermehrt hat. Die Gesamteinnahme,

welche 304 M. betrug, mußte zum größten Teile an Unterstützungen wieder ausbezahlt werden. Die Wiedernahm der Kassiers nebst Vertrauensleuten erfolgte einstimmig. In Zukunft müssen die Kollegen, welche arbeitslos werden, dieses beim Kollegen Birkel anmelden.

Schirgiswalde. Nachdem sich die Wogen des Wahlkampfes geglättet haben, können wir uns mehr der praktischen Gewerkschaftsarbeit widmen. Auch auf diesem Gebiete hat es hier in letzter Zeit an Kämpfen nicht gemangelt. Wir möchten nur feststellen, daß auch die christlich-nationalen Arbeiterbewegung um ein freies Koalitionsrecht zu ringen hat. Am Freitag, den 8. März, hielt wir eine Mitgliederversammlung ab. Besonders zahlreich waren die Kolleginnen erschienen. Hervorlich wirkte dieses vorbildlich für unsere männlichen Mitglieder. In sonstigen Gesellschaftsabenden werden unsere Berufs- und Standesfragen nicht gelöst. Kollege Birkel-Zittau hielt ein Referat über "Reichstagswahl und christliche Arbeiterbewegung". Ausgehend von der Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft zeigte er die Notwendigkeit eines innerlich gefestigten Deutschen Reiches. Die letzten Monate haben in dieser Hinsicht nicht viel Erfreuliches gebracht. Die — vielfach künstlich geschaffenen — schroffen Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien haben zu der hohen Mandatsziffer der Sozialdemokratie wesentlich beigetragen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung war bei dem letzten Wahlkampf der einzige Faktor, der dem sozialdemokratischen Aufsturm standzuhalten vermochte. Die Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bedeutet auch eine positive Förderung staatlicher, nationaler, wie allgemein kultureller Interessen. Die weiteren Verhandlungen waren der Agitation gewidmet. Die Agitationskommission wurde verstärkt. Dieselbe wird in nächster Zeit in Tätigkeit treten. Hunderte von christlich denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen können hier noch für unseren Verband gewonnen werden. Wir richten deshalb nochmals die dringende Bitte an unsere Kolleginnen und Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen.

Stuttgart. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Stuttgarts zählte am Ende des Jahres 1910 in 13 Zahlstellen 981 Mitglieder; am 31. Dezember 1911 dagegen in 19 Ortsvereinen 1105 Mitglieder; im Jahre 1911 hat demnach die Mitgliederzahl um 124 zugenommen. Außerhalb des Kartells stehen die Stuttgarter Ortsgruppen des neuen Eisenbahnerverbandes mit rund 120 Mitgliedern und eine neugegründete Zahlstelle mit 25 Mitgliedern. Hinsichtlich der letzteren werden die Anschlußverhandlungen in aller nächster Zeit eingeleitet.

Die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts haben im Jahre 1911 u. a. zu folgenden Fragen Stellung genommen: Gründung eines Vereins für soziale Wahlen, Arbeitslosenversicherung, Buchdruckerorganisationfrage, Agitation unter den Straßenbahnerinnen und Textilarbeiterinnen, Tabakarbeiterausperrung, Lohnbewegungen der Glaschner, Bürstenmacher, Schneider, Gärtnerei, Schlosser und Schuhmacher. Die Zahlstelle der Schuhmacher und Bederarbeiter hatte im Jahre 1911 einen sehr präzisen prinzipiellen Kampf mit der sozialdemokratischen Schuhmacherorganisation ausgetragen. Letztere ließ durch die Organisationsvertreter von Anfang an erklären, daß im Verein mit einem Vertreter der christlichen Organisation nicht mit den Arbeitgebern verhandelt werde; in hochmütiger Weise ließen die Genossen wiederholt von den Verhandlungen weg, beschlossen den Streik, der nach neunwöchiger Dauer zu einer vollen Niederlage für den roten Verband endigte; zu den Bedingungen, wie sie die christliche Organisation mit den Arbeitgebern vereinbart hat, mußten die Genossen die Arbeit aufnehmen. Im übrigen brachten die Lohnbewegungen den Beteiligten wesentliche materielle Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. Die Tätigkeit des Gewerbegerichtes, welches bei einzelnen Bewegungen als Einigungsamt fungierte, konnte nicht nach jeder Seite hin befriedigen.

Der in der Zeit vom 1. Juli bis Ende September abgehaltene Unterrichtskurs war gut besucht; zur Teilnahme hatten sich 52 Mitglieder angemeldet und die einzelne Unterrichtsstunde war von 42 Mitgliedern besucht.

Die Gewerkschaftsliteraturausstellung brachte einen schönen ideellen und materiellen Erfolg; sie war neben den Gewerkschaftsmitgliedern von 5 Abgeordneten, 31 Theologen, 5 Beamten der Gewerbeinspektion, 1 Pressevertreter, 8 Studenten und einer Reihe sonstiger Personen besucht. Das Kartell gründete im Anschluß daran eine Bibliothek, die im Laufe dieses Jahres noch eröffnet werden kann.

Das Verhältnis zu den konfessionellen Standesvereinen vereinen ist ganz besonders einzelnen Vereinen gegenüber ein recht gutes. Ausgehend von der Tatsache, daß die materielle Verarbeitung die Voraussetzung für die kulturelle Hebung des Lohnarbeiterstandes ist, und unter Würdigung des Umstandes, daß von einem Zusammearbeiten beide Organisationen Vorteile haben, wird das Kartell auch künftig mit den konfessionellen Standesvereinen Hand in Hand arbeiten.

Leider mußte im Berichtsjahr wiederholt gegen die Unterdrückungen, wie sie da und dort seitens sozialdemokratisch organisierte Arbeiter christlichen Gewerkschaften gegenüber vorgekommen sind, Front gemacht werden. Die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts müssen es tief beklagen, daß ihre sozialdemokratischen Arbeitskollegen da und dort so wenig Kollegialitäts- und Anstandsgefühl besitzen und durch ihren Terrorismus so einen geringen Grad von Bildung an den Tag legen; auch anderseits durch ihr Verhalten den Gegnern des Koalitionstrechtes und jeden sozialen Fortschrittes Material zur Forderung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter in die Hände liefern. Die Kartelleitung hofft, daß der Zeitpunkt kommen wird, in welchem die sozialdemokratischen Arbeiter das Verbrechen ihres Tuns selbst einsehen und die Führer der Bewegung dann gezwungen werden, ihre Anhänger zu einem anderen Verhalten aufzufordern und zu erziehen.

Für die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen kann es diesem Verhalten gegenüber nur das eine geben: mit Mut und Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß Kartell wird jedes Mitglied entsprechend schützen, und es hat sich auch im Berichtsjahr gezeigt, daß überall da, wo der einzelne christliche Gewerkschafter seinen Mann stellt, der rote Terror nichts ausrichten kann.

Die Geschäfte des Kartells wurden in sechs Ausschüttungen, zwölf Delegiertenversammlungen erledigt; ferner wurden zwei allgemeine und zwei Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Zur Bearbeitung der einzelnen Gebiete sind drei Kommissionen eingesetzt. Die seitherigen Funktionäre wurden glänzend wiedergewählt.

Das Jahr 1911 war für die christliche Gewerkschaftsbewegung reich an Erfolgen, wie sich die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts überhaupt auf dem Weg zu einer guten Entwicklung befinden.

Weissenau b. Ravensburg. Dem guten Beispiel, welches die Ortsgruppe Heidenheim bezüglich Führung der Lokalbeiträge gegeben hat, sind nun auch die Kollegen in Weissenau nachgefolgt. Auf der letzten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, ebenfalls Lokalbeiträge einzuführen mit Wirkung vom 1. April. So ist es recht, denn unser Verband kann seinen Ausgaben nur gerecht werden, wenn auch die Mitglieder die nötige Opferwilligkeit an den Tag legen.

Eine ergiebige Aussprache fand statt über die vorzunehmende Haussagitation. Es wurde allersetz eingesehen, daß für unsere Ortsgruppe noch ein großes Feld zur Ausbreitung vorhanden ist, es fehlt nur an der notwendigen Mitarbeit der Kollegen. Aus den Vorgängen der letzten Lohnbewegung sollten aber alle so viel gelernt haben, daß sie selbst ein großes Interesse daran haben, die unorganisierten Elemente der Konkurrenzbetriebe der Organisation zuzuführen, damit nicht die eigene Existenzmöglichkeit mit der Zeit untergraben wird. Also nur mal mutig Hand angelegt und es wird schon gehen.

Die vorgenommenen Wahlen ergaben, daß der Kollege Johann Sauter zum Vorsitzenden, der Kollege Robert Walker zum Schriftführer gewählt wurde.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ärzte und Krankenkassen. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in einer Statistik die Hauptergebnisse der Krankenversicherung von den Jahren 1908—1910. Hierbei spielen auch die Ausgaben für ärztliche Behandlung eine bedeutende Rolle. Während die Kosten der ärztlichen Behandlung im Jahre 1908 bei allen Krankenkassen 67 692 047 M. betrugen, stiegen sie im Jahre 1910 auf 76 440 495 M., oder pro Mitglied von 5,49 M. auf 5,85 Marl. Jedoch darf man die Mehrbelastungen der Krankenkassen nicht allein der ärztlichen Tätigkeit zuschreiben. Auch die Erweiterung der Fürsorge usw. trägt zu den steigenden Ausgaben mit bei. Die Reichsversicherungsordnung hat den Ärzten die freie Ärztewahl nicht gebracht; die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten sollen durch schriftlichen Vertrag geregelt werden. Soweit es die Kassen nicht erheblich mehr belastet, soll sie ihren Mitgliedern die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freilassen. Für den Fall, daß Differenzen mit Ärzten ausbrechen, hat die Reichsversicherungsordnung in etwa Vorlage getroffen. Wird nämlich bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt die Kasse auf ihren Antrag widerruflich, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres geistlichen Krankengeldes zu gewähren. Wir werden nunmehr auch in Zukunft mit einer verschiedenen Regelung des Verhältnisses der einzelnen Krankenkassen zu den Ärzten zu rechnen haben. Die Ärzte werden an ihrer Forderung — freie Ärztewahl — festhalten, während die Kassenvorstände sich dieser Forderung gegenüber mehr oder weniger ablehnend verhalten.

Briefkasten.

B. A. in G. So viel wir erfahren konnten, haben die Schaffner bei der Bergischen Kleinbahn (Eis Neiges) einen Anfangsbetrag von 3,10 M. pro Tag, er steigt dann in einem Zeitraume von 13 Jahren auf 4,00 M. Dazu werden einige Groschen Trümpfchen kommen, vielleicht 0,30—0,50 M. pro Tag. Das ist aber sehr unterschiedlich. Die Fahrer haben denselben Lohnzettel, jedoch noch eine besondere Zulage von 20—50 Pf. pro Tag. Wir konnten keine absolut richtigen Angaben erhalten, so daß es möglich ist, daß die Löhne in allen Jahren um rund 10 Prozent pro Tag höher stehen. Um mehr aber sicherlich nicht. Im allgemeinen ist bekannt, daß die Gesellschaft keine hohen Löhne zahlt. Sollten Sie oder einer Ihrer Bekannten dort Arbeit annehmen wollen, wird es gut sein, wenn Sie sich bei den Bezirksbeamten des örtlichen Hilfs-, Transport- u.w. Arbeiterverbandes, H. Gießmann, Düsseldorf, Louisenstr., erkundigen. Berufen Sie sich dann auf mich.

Versammlungskalender.

Auern-St. Georg. 21. März, 11 Uhr, bei Geschwister Käpfers.

Cottbus. 20. März, im evangel. Vereinshaus.

Dortmund. 21. März, 4-7 Uhr, bei Wm. Hechuan.

Ess. 21. März, 4 Uhr, bei Georg Rabe, örtliche Versammlung.

Forst (Pomm.). 26. März, 8½ Uhr, bei Gräfinnau, Gerberstr. M.-Gladbach-Beau.

M.-Gladbach-Beau. 24. März, gleich nach dem Hochamt, bei F. L. Beyer, Poststr.

M.-Gladbach-Walscharen. 24. März, 6 Uhr, bei Wm. J. Schatz, außerordentliche Generalversammlung.

M.-Gladbach-Walscharen. 24. März, 11 Uhr, bei Wm. Kell, Käpfer.

Gießen. 24. März, 6 Uhr, bei Christian Grates, Altestr. 49.

Holt. 24. März, 11 Uhr, bei David Kreg, außerordentl. Generalversammlung.

Hehn. 24. März, 6 Uhr, bei M. Bösch.

Höringens-Dahl. 24. März, 4-6 Uhr, bei Theod. Schopen (Brandenburger Hof) außerordentl. Versammlung.

Düsseldorf. 24. März, 11½ Uhr, bei Franz Herbering, Vorstand und Betriebsratssitzungseröffnung.

— 30. März. Bierteljahrabschreitung der Verbrauchsmäumer.

Boaß. 24. März, 7 Uhr, bei A. Gillissen, örtliche Ver. Weissenburg i. B.

23. März, 8 Uhr im Hospiz.

Anrath.

Connig, den 31. März 1912, nachmittags 6 Uhr, findet im洛fale des Herrn Joseph Hansen die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins „Eintracht“ statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Vorlegung der Bilanz, und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, 3. Beschlusssitzung über Gewinnverteilung, 4. Änderung der Statuten, 5. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates, 6. Verschiedenes.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Franz Brülls.

Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins „Eintracht“ eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht zu Grefrath am 31. Dezember 1911, für das Geschäftsjahr 1911.

Activa Passiva

Kassenbestand	219,92	Waren Schulden	388,96
Warenbestand	1982,41	Geschäfts guthaben der	
Sparkasse Grefrath	330,00	Mitglieder	938,58
Inventar	172,02	Reservefonds	362,08
Forderungen	368,89	Besondere Rücklage	82,49
		Bücher- u. Mezzerrabatt	304,04
		Reingewinn	1021,74
Zusammen M. 3092,89		Zusammen M. 3092,89	

Mitgliederzahl am 1. Januar 1911 32

Zugang im Jahre 1911 18

Ausgang im Jahre 1911 1

Mitgliederzahl am 31. Dez. 1911 44

Gesamthaftsumme am 1. Januar 1912 1820 M.

Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:

Theodor Köhnen. J. A. Peter Faber,

Wilhelm Könnesser. Vorsitzender.

Theodor Röttges. (Mt. 5,60)

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Joseph Altepost in Emsdetten.
Gertrud Peters in M.-Gladbach.
Joseph Sassen in Kempen.
Nikolaus Mostert in Eupen.
Frau Riering in Coesfeld.
Alfons Süppinger in Mülhausen i. Els.
Hermann Sackbrock in Gronau.
Johann Lambrecht in Lambrecht.
Stephan Radermacher in Eupen.
Joseph Dresse I in Vaals.
Bernhard Tenbrink in Bocholt.
Johann Hüser in Grefrath.
Peter Weuthen in M.-Gladbach.
Maria Bocks in M.-Gladbach.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Giftliste der gewerblichen Güter und anderer gesundheitsschädlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, entworfen von Prof. Dr. Th. Summersfeld und Gewerberat Dr. R. Fischer. Redigiert durch den ständigen hygienischen Beirat der Internationalen Vereinigung. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 M. — Fr. 1,25.

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Güter gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirkliche Gesetzgebung zu gedachten Zwecke aufbauen könnte. Diese Bestrebungen gaben Anlaß zu umfassenden Erörterungen und eingehenden Untersuchungen der auf diesem schwierigen Gebiete anstehenden Fragen. Dabei spielen unter anderen die Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Güter, die Anwendung von Krankheitsstatistiken über besonders gefährdete Betriebe, die anzustrebende gewerbehygienische Ausbildung und Schulung der Ärzte, die sachmännische Vermögensbildung der gesundheitsgefährlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Gütarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausgesprochenem Gütekarakter wünschenswert erscheinen.

Diese „Giftliste“ liegt nun vor und die Namen der Kaufleute aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisteten für ihre vorzügliche Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gewerbegüter. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Entwicklung des Gütes, die Vergiftungsscheinungen, sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Leitfäden aus der Feder Gewerberat Dr. Fischer (Berlin) über die Stellungnahme der Betriebeleitungen und der Ärzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerbezählerischen Wissensbestandes über Vergiftungen festgestellt und die Grundlage für weitere sachliche Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Güterliste wird

den Krankenkassen, den Gewerbeärzten, den Rücksichtsbeamten, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerbevereinen sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

Die Preisentwicklung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts. Von Dr. A. Rehbach, Freiburg i. B. (Sonderabdruck aus „Soziale Revue“ 1912, 1. Heft, München, Pestalozzistraße 4.) Preis 60 Pf.

Nach den Reichstagswahlen wird die Teuerungsfrage zwar nicht mehr in der politischen Tagespresse die gleiche Rolle wie bisher spielen; um so weniger wird sie aber aus der öffentlichen ernsten Diskussion ausscheiden dürfen, da die Preise wichtiger Lebensmittel i. J. 1912 kaum sinken werden. Die vorliegende Abhandlung ist offensichtlich bestrebt, die schwierige Materie mit ebenso ruhiger Sachlichkeit wie seltenen Klarheit darzulegen, so daß sie ein Führer zum Verständnis des ganzen Problems genannt werden kann und für jedermann, der sich sozial oder politisch betätigt, von größter Bedeutung ist.

Praktische Ratschläge für alle Versicherten in der Reichsversicherungsordnung. Von dem Vorstandsnachgänger der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Appelius, ist bei C. Heymanns Verlag in Berlin die dritte, völlig umgearbeitete Auflage einer sehr gediegenen und nützlichen Broschüre erschienen über die Reichsversicherungsordnung. Sie ist betitelt: „Wie erlangt man nach der Reichsversicherungsordnung in Invalidenfällen Renten, Heilverschaffungen und Hinterbliebenenfürsorge?“ (Witwen-, Witwer- und Waisenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer.) Die Anschaffung der Broschüre ist zu empfehlen.

Kurzer Abriss der Spinnerei, Weberei und Appretur. Bearbeitet vom Ingenieur Hugo Bethmann, Dozent für Maschinenbau am Technikum Altenburg. Verlag von Oskar Leinert, Leipzig.

Das vorliegende Buch ist, wie das Vorwort des Verfassers sagt, in erster Linie für technische Anstalten bestimmt, an denen sich die Vorträge über „Mechanische Technologie“ auch auf Spinnerei und Weberei erstrecken.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese für Maschinen- und Elektrotechniker bestimmten Vorträge nicht in dem breiten Rahmen gehalten werden können, wie dies an den Fachschulen für Textilindustrie erforderlich ist, weil hierfür nur einige Wochenstunden zur Verfügung stehen.

Der Vortrag pflegt in der Weise stattzufinden, daß das Prinzip der Maschinen durch zeitraubendes Skizzieren an der Wandtafel mit nachfolgendem Diktat erläutert wird, oder daß Tafeln benutzt werden, die dann ebenfalls nachstiziert werden müssen. Die für Textilfachschulen bestimmten Bücher eignen sich nicht für den Unterricht an den Maschinenbauschulen; weil hier die Technologie nicht zum Selbststudium, sondern gewissermaßen zur allgemeinen Bildung des Technikers gehört.

Das Buch beschränkt sich deshalb lediglich auf eine kurze Erklärung des Arbeitsvorganges, soweit derselbe für die nachfolgende Beschreibung der manigfachen Maschinen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Technikers in Frage kommt.

Wer sich über den ganzen Produktionsprozeß in unserem vielgestaltigen Gewerbe kurz aber doch gut orientieren will, kaufe sich das Büchlein. Es verbindet eine Empfehlung. Der Preis beträgt für das broschierte Bändchen 2,75, gebunden 0,50 M. mehr.

Es kann auch vom Verlage des Gesamtverbandes in Köln bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrkohlenbecken. — Warum der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter den Streik nicht mitmachen durfte. — Eine siegelhafte Bezeichnung unseres Kollegen Schiffer. — Feuerstein: Textilerezeugnisse im Haushalt. — Allgemeine Rundschau: Evangelische Jungmännervereine zur Gewerkschaftsfrage. — Ein unverständliches Urteil. — Eine Gaukonferenz des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. — Hirsch-Dundee-Neutralität. — Zum Gewerkschaftsstreit in Holland. — Gründliche Bestrafung eines Genossen. — Außerordentlicher Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. — Rüstungsaufwendungen der wichtigsten Kulturstaaten. — Werkmeister und gelbe Bewegung. — Wer Wind fäst. — Die Stellung französischer Sozialdemokraten zur Alkoholfrage. — Aus unserer Industrie: Der Streik in England und die vogtl. Sticker- und Spinnereiindustrie. — Die Preisbewegung der Textilrohstoffe. — Abschluß bayrischer Textilfabriken. — Besserung in der Leinenindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Achtung, Vorstandsmitglieder! — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Colmar. — M.-Gladbach-Walscharen. — Hinsbeck. — Kempten. — Leutkirch. — Schirgiswalde. — Stuttgart. — Weissenau. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Ärzte und Krankenkassen. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.